

47. Jahrgang

3-2014

€ 4,50

KRIEGSZEITEN
1914 - 2014

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Spurensuche im Dschungel frommer Widersprüche
- 4** *Wolfgang Belitz*
Die wunderbare Welt der Angela
Schwerpunkt: Kriegszeiten 1914 – 2014
- 5** *Rolf Euler*
1914 und welches Ende?
- 6** *Hartmut Dreier*
1914 – 2014: Hinweise zur Frage der Kontinuität der Interessen
- 7** *Jürgen Klute*
Von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg zu Bundeskanzlerin Angela Merkel
- 8** *Ulrich Sander*
Die Bundesluftwaffe ist bereit – auch von Kalkar/Niederrhein aus
- 9** *Mark Burrows*
Three Silences – Dreimal Stille
- 10** *Andreas Buro*
Ukraine: Gefährliche Eskalation.
 Road Map zu Kooperation statt Konfrontation
- 12** *Anton Schlösser*
Schausteller | Der Engel der Geschichte
- 13** *Jürgen Link*
Seit hundert Jahren absolut nichts dazugelernt:
 Die mediopolitische Klasse des Westens im Eskalationsfanatismus gegen Russland – warum?
- 14** *Peter Strege*
Wir (be)kriegten Frieden
- 15** *Johannes Weissinger*
Borsigplatz, Hoesch und Lutherkirche
 Friedensstimmen aus Dortmund vor und nach dem 1. Weltkrieg
- 16** *Wolfgang Dominik*
Demilitarisierung und Remilitarisierung der Berufsbildungsmesse
- 18** *Wolfgang Dominik*
Die versuchte Remilitarisierung des Springer-Platzes in Bochum
- 19** *Marianne Bosshard*
Die Menschheit – eine Mörderbande?
- Menschenorte 23**
- 12** *Manfred Walz*
Menschenpartnerschaft – bei den Jachnows
- 1WURF**
- 20** *Johanna Fleischhauer*
Afrika – schon heute ein Schlachtfeld der Zukunft
- Ruhrgebiet**
- 21** *Sebastian Müller*
Der Lack ist ab. – Das Ruhrgebiet braucht eine armutsorientierte Regionalpolitik
- Palästina**
- 23** *Palästinensisches BDS Nationalkomitee, Organisationen und Gewerkschaften in Gaza: 05.09.2014*
Aufruf aus Gaza:
 Macht Israel für seine Verbrechen in Gaza verantwortlich – Verstärkt BDS!

Editorial

Wir möchten gern Radio, Zeitungen und Fernsehen aus dem Fenster schmeißen, wir können die Kriegsberichterstattung der Rundköpfe nicht mehr hören und sehen! Deren Einseitigkeiten aber wollen wir wenigstens mit den geringen Mitteln des AMOS durchbrechen.

„Eigentlich“ war ja bei der Heftplanung vor rund einem Jahr nur angedacht: Da kommt mit 2014 ein „Gedenkjahr“, der 100jährige Weltkriegsbeginn – und der 75. Jahrestag des zweiten. Viele bereiten ‚alle Welt‘ mit Büchern, Artikeln, Ausstellungen vor und setzen die Verschleierung in Aktion – fürchteten wir. Nun haben uns die wirklichen Kriege eingeholt, die Erinnerungen aber auch. Darüber schreiben wir und könnten noch so viele zornige Seiten füllen.

Waffenlieferungen nicht etwa nur in dubiose Länder und „Spannungsgebiete“, nein, Waffen bzw. Militärtechnologie nun mitten hinein in die Kriege sollen es sein. Dort kamen sie zuvor letztlich auch schon an, aber nun begleitet mit salbungsvollem Hilfeopathos, der Zweck heiligt die Mittel. Die Familienfreundlichkeit der Bundeswehr mit Kitas und besseren „Arbeits“zeiten soll durch Kampfdrohnen ergänzt werden, da bleiben die deutschen Soldaten doch gleich „zu Hause“, und die Familien der „Feinde“ sind dann Kollateralschaden beim Angriff (siehe Beilage!).

Desmond Tutu schreibt in einem „Appell an das Volk Israels“: „Raketen, Bomben und ungehobelte Schmähungen sind nicht Teil der Lösung. Es gibt keine militärische Lösung. Die Lösung könnte wohl eher in dem gewaltlosen Instrumentarium liegen, das wir in den 1980ern in Südafrika entwickelt haben ... Der Grund dafür, dass dieses Instrumentarium – Boykott, Sanktionen und Kapitalabzug – sich letztendlich als effektiv erwiesen hat, war, dass es eine kritische Masse an Unterstützung erhielt, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes. Die Art von Unterstützung, die wir in den vergangenen Wochen auf der ganzen Welt in Bezug auf Palästina beobachtet haben. ...Es war der Prophet Amos, der sagte, wir sollen Gerechtigkeit wie einen Strom fließen lassen.“

Einige Aktionen gegen den Krieg bei uns lassen hoffen. Und klare Worte stellen so manches Lügengebäude wieder vom Kopf auf die Füße.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Homepage www.amos-zeitschrift.de. Dort stehen auch drei aktuelle Artikel über das Völkerrecht zur Verfügung. Spannend zu lesen in diesen Zeiten, in denen Opfer und Täter leicht verwechselt werden.

Der nächste AMOS erscheint zu Weihnachten mit dem Thema „Festung Europa – Flüchtlinge“ ...

Frieden ist der Ernstfall! AMOS

Beilagenhinweis

Der ABO-Auflage liegen bei:

- *Fact-Sheet Drohnen-Kriege (IMI, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen und DFG-VK)*
- *Flyer 14. Abrahamsfest in Marl: „Medien in digitalen Zeiten – Wissen und Gewissen“ (s. auch Abrahamsfest-Marl.de)*

Impressum ...	Seite 22
Abo-Bestellschein ...	Seite 11
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 3, 9, 13, 19
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 17
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 22
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Spurensuche im Dschungel frommer Widersprüche

Zuerst war es rein privates Interesse am Beruf meines Vaters; wenn man ein gewisses Alter erreicht hat, stellen sich Fragen nach Herkunft und frühen Konditionierungen neu.

Er war Missionar in Ostafrika und starb kurz nach meiner Geburt 1938. Als Kind war Afrika, wo die ‚Wilden‘ lebten, für mich das große Abenteuer. Wenn da nur nicht, familienbedingt, die quälende Forderung nach meiner Frömmigkeit gewesen wäre! Was ich über meinen Vater hörte, konnte mich nicht begeistern. Wer will schon einen Vater haben, der nur fromm und streng war und bedenkenlos die Schwarzen und eigenen Kinder verprügelte. War das alles?

Was den ‚Mann‘, den ‚Kerl‘ ausgemacht hatte, der sich und seine Familie unglaublichen Wagnissen aussetzte, erfuhr ich erst durch die Begegnungen mit Afrikanern, die ihn kannten. Ich wollte es genauer wissen, ging ins Archiv der Missionsgesellschaft, las seine Berichte und die anderer Missionare der 20er und 30er Jahre. Zwischen den unerträglich frommen Texten blitzten immer wieder, wenn auch selten, Lichter auf, die diese Männer in ihren Persönlichkeiten erkennbar machten.

Trotzdem blieben Rätsel: Wurde damals ein junger Bauernsohn oder Handwerker Missionar, weil er gläubig war? Oder wurde er gläubig, weil sich eine Chance auf Ausbildung bot und etwas Abenteuerliches, vielleicht Sinnvolles zu tun?

Wie gelang es meinem völlig mittellosen und schon kranken Vater, am letzten Tag vor seiner Rückreise nach Europa drei Sack Rohkaffee aufzutreiben? Wie hat er das bezahlt? Warum haben die englischen Kolonialbehörden ihn nicht eingebuchtet, obwohl ein langes Register seiner Verfehlungen vorlag? Selbst sein schwarzer ‚Boy‘ Ndasenga, der ihn zwölf Jahre lang begleitete und ein angesehener Lehrer wurde, konnte nur auf Glaube und Magie verweisen.

Ndasenga wurde für mich wichtig, eine Annäherung an meinen Vater und seinen Beruf zu versuchen; eine Biografie war nicht meine Absicht, sondern eine literarisch frei gestaltete Erzählung, die ohne erfundene Personen auskommt. Ndasenga war Augenzeuge, auch der krummen Dinger, die der Mann gedreht hat, seiner Zweifel und Verzweiflungen, seiner Erfolge als Wunderheiler.

Das Buch „Die Nacht von Dar es Salaam“ hat mich mehr als fünf Jahre beschäftigt. Die Fülle der teils brutalen, teils komischen Anekdoten, die Widersprüche und Schicksale überfluteten mich. Aus welcher Perspektive könnte ich dem Stoff gerecht werden? Ich entschied mich, Ndasenga die ganze Geschichte erzählen zu lassen; jede andere Lösung verweigerte sich! Solche Diktate von ‚außen‘ (oder ‚innen‘?) erlebte ich als Autor nicht zum ersten Mal. Da hilft kein Fluchen über die verdammte Arbeit, hunderte Seiten neu abzufassen. Und die meisten wieder zu streichen, damit das Ding lesbar wird.

Dann stellt sich jeder Autor die Frage, wer das lesen will, und was uns solche Dramen aus der Missionsgeschichte heute zu sagen haben könnten. Die Antwort kann man nicht dem Autor abverlangen; er erzählt seine Geschichte und will, wenn es geht, damit Geld verdienen. Oder die Welt mal wieder in Erstaunen versetzen!

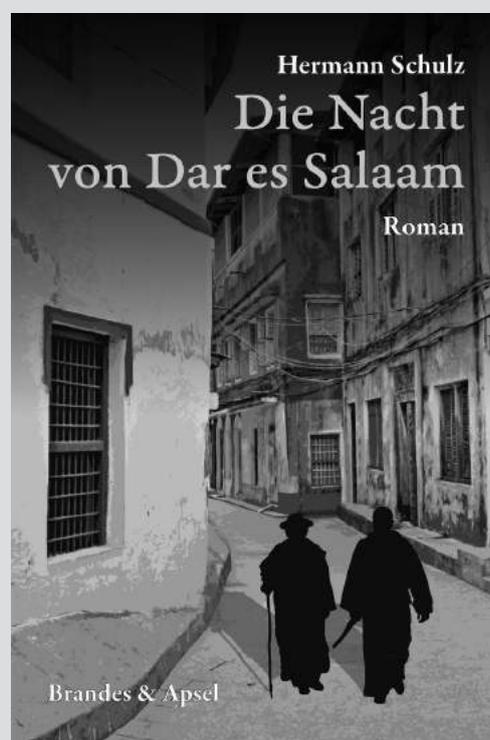
Umso dankbarer bin ich dem Verleger Volkhard Brandes, der ein sorgsames Lektorat besorgte und sich auf das Abenteuer eingelassen hat. Ich hoffe, er weiß die Antwort.

Tanganjika am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

Die aufwühlende Geschichte eines Europäers, der lange versucht seinen Idealen zu folgen und gegen den Strom zu schwimmen und sich am Ende, todkrank, sein Scheitern eingestehen muss. Die letzte Nacht in Dar es Salaam vor der Rückkehr in das dem Krieg entgegentreibende Europa wird zu seiner Schicksalsnacht: eine schonungslose Abrechnung mit dem eigenen Leben. Ein armer, etwas verahrloster Missionar versucht am Tag vor seiner Schiffsreise zurück nach Europa in den Hotels und britischen Clubs von Dar es Salaam sein Gewehr zu verkaufen. Drei Sack Rohkaffee verlangt er dafür. Ndasenga, der als Zwölfjähriger sein Boy wurde und jetzt kurz vor seiner Lehrprüfung steht, begleitet den todkranken Mann. In einem arabischen Restaurant verbringen sie die Nacht. Ndasenga hört in diesen Stunden die Lebensbeichte des Mannes. Da geht es um Besessenheit und Gewalt, letzte Worte einer Sterbenden, die jegliche Bekehrung ablehnte, um einen Totschlag, um die Operation eines Kindes ohne Narkose ...

Das Buch wirft vielfältige Lichter auf die Begegnungen zwischen Schwarz und Weiß in einer Zeit, als die Kolonialzeit in Afrika in ihre letzte Phase geht.

196 S., 19,90 €, ISBN 978-3-95558-064-3, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt/M. | In jeder Buchhandlung (möglichst nicht bei AMAZON); signierte Exemplare portofrei beim Autor. schulz-hermann@t-online.de



Hermann Schulz, geboren 1938 in Ostafrika, aufgewachsen im Wendland und am Niederrhein, lebt als Autor in Wuppertal. Seit 1998 veröffentlichte er mehr als 20 Romane, Jugend- und Kinderbücher sowie Sachbücher. „Auf dem Strom“, „Wenn dich ein Löwe nach der Uhrzeit fragt“, „Mandela & Nelson“, „Warum wir Günter umbringen wollten“ und andere wurden internationale Erfolge. Seine Bücher wurden mehrfach ausgezeichnet. 1998 erhielt er die Hermann-Kesten-Medaille des deutschen P.E.N.-Zentrums.

Wolfgang Belitz

Die wunderbare Welt der Angela

Gelegentlich läuft mir Angela Merkel über den Weg, zuletzt bei der Fußballweltmeisterschaft dieses Jahr in Brasilien.

Die Bundeskanzlerin ist zum ersten Vorrundenspiel der deutschen Nationalmannschaft am 16. Juni nach Salvador gereist, um als Zuschauerin daran teilzunehmen. Sie war die einzige der Regierungschefinnen und Regierungschefs der 32 beteiligten Länder, die zu einem Vorrundenspiel der Nationalmannschaft ihres Landes angereist ist. Die Bundeskanzlerin ist dann später auch zum Finale der Fußballweltmeisterschaft am 13. Juli gereist, um als Zuschauerin daran teilzunehmen. Nicht einmal die argentinische Staatspräsidentin Kirchner hat an diesem Finale teilgenommen.

Außer mir hat an diesen Reisen der Regierungschefin niemand Anstoß genommen. Ich mag Kabarett und spiele es manchmal. Dabei ist mir die Realsatire am liebsten. In diesem Falle witterte ich eine Realsatire und schrieb am 21. Juli zwei Briefe: einen an den Bundeskanzleramtsminister Altmaier und einen an Staatssekretär Seibert, Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Die Briefe hatten gleichlautend ungefähr folgenden Inhalt:

„Bitte beantworten Sie mir die Frage: Wie hoch waren die Kosten für die zweimalige Inanspruchnahme der staatlichen Flugbereitschaft, für Fahrten vor Ort, für Unterkunft und Verpflegung, für Eintrittskarten, für die Security und Sonstiges und wer hat sie bezahlt?“

Unbestritten ist, dass der Besuch eines Vorrundenspiels der deutschen Nationalmannschaft bei einer Fußballweltmeisterschaft nicht zu den Dienstgeschäften der Bundeskanzlerin gehört. Es handelt sich vielmehr um eine Privatreise der Bundeskanzlerin, die ausschließlich auf das persönliche Interesse der Bundeskanzlerin an Fußballspielen der deutschen Nationalmannschaft zurückzuführen ist und ihrem persönlichen Vergnügen dient und nicht dem deutschen Volke.

Unbestritten ist ebenfalls, dass der Besuch des Finales ebenso nicht zu den Dienstgeschäften der Bundeskanzlerin gehört. Diese Tatsache wird im Falle des Finales besonders dadurch unterstrichen, dass der Bundespräsident daran teilgenommen hat. Eine solche Teilnahme gehört zu den Repräsentationsaufgaben unseres Staatsoberhauptes und wird dienstlich abgewickelt. Die Kanzlerin reist privat zum eigenen Vergnügen und hat selbstverständlich wie alle anderen deutschen Zuschauerinnen und Zuschauer die Kosten zu tragen.

Bitte verzichten Sie darauf, ein dienstliches Interesse zu konstruieren, etwa durch den Hinweis auf ein Treffen mit der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff oder dem russischen Präsidenten Putin, der zufällig zur Endspielzeit zu einem Treffen der BRICS-Gruppe in Rio weilte.“

Die Antwort des Bundeskanzleramtes kam relativ rasch am 05. August 2014, war naiv, dilettantisch und ließ nichts zu wünschen übrig. Sie war offensichtlich auf der untersten Hierarchieebene angefertigt worden und beantwortete meine Fragen wie folgt:

Die Reisen der Bundeskanzlerin waren Dienstreisen ...

... weil niemand etwas dagegen hatte ...

... weil die Möglichkeit bestand, „mit wichtigen Persönlichkeiten des internationalen öffentlichen Lebens zu sprechen“ ...

... weil es der Kanzlerin „ein besonderes Anliegen war, ‚vor Ort‘ der deutschen Mannschaft den Rücken zu stärken“ ...

Fazit: Die beiden Reisen nach Brasilien waren keine Dienstreisen, die Begründungen Realsatire. Ich habe dann noch einmal nachgefragt, wer denn nun die Kosten der Privatreisen der Kanzlerin getragen habe und in welcher Höhe. Zudem habe ich als Fußballexperte darauf hingewiesen, dass das Anliegen, vor Ort der deutschen Nationalmannschaft den Rücken zu stärken, eine Aufgabe der physiotherapeutischen Abteilung des DFB sei.

Auch auf dieses Schreiben kam noch einmal eine kolossale Antwort aus dem Bundeskanzleramt mit Postzustellungsurkunde. Meine Frage nach den Kosten der Privatreisen wurde nun als „Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)“ ausgelegt, weil es um amtliche Informationen ginge. Der Antrag müsse allerdings abgelehnt werden, weil zu seiner Bearbeitung verschiedene politische Informationsquellen herangezogen werden müssten, wozu das Kanzleramt nicht verpflichtet sei.

Am 12. August kam dann auch ein Brief aus dem Bundespresse- und Informationsamt von Ministerialdirektor XY, sehr professionell, ausführlich, abschließend:

Beide Reisen seien Dienstreisen: Die Kanzlerin traf zu offiziellen Gesprächen mit Präsidentin Dilma Rousseff (s.o.) zusammen – sie sprach mit brasilianischen Bundeskanzlerstipendiaten, mit Vertretern deutscher Wirtschaftsunternehmen, mit Studenten der Technischen Universität Senai Climatec und besuchte das Sportcamp des DFB. Anlässlich des Endspiels in Rio „traf sie den russischen Präsidenten Wladimir Putin (s.o.); sie sprachen über die ernste Lage in der Ostukraine“ (sic!). Das Endspiel wurde nur am Rande besucht. Damit ist der realsatirischen Performance Tür und Tor geöffnet. Leider fehlt mir wie immer der Platz zur genüsslichen Entfaltung.

Also nur noch eine Anmerkung: Am 23. September findet auf Einladung des UN-Generalsekretärs in New York der Klimagipfel statt, der als wichtige Etappe zu einem neuen Klimavertrag im kommenden Jahr gilt. Alle Regierungschefs einschließlich Obama werden kommen. Angela Merkel hat schon vor Monaten „terminliche Gründe“ dafür angegeben, dass sie nicht kommen wird, obwohl die Fußballweltmeisterschaft dann längst vorbei ist.

So sieht die zauberhafte Welt der Angela M. aus.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von W. Belitz, erschienen 1998 bis 2010, sind nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von W. Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Rolf Euler

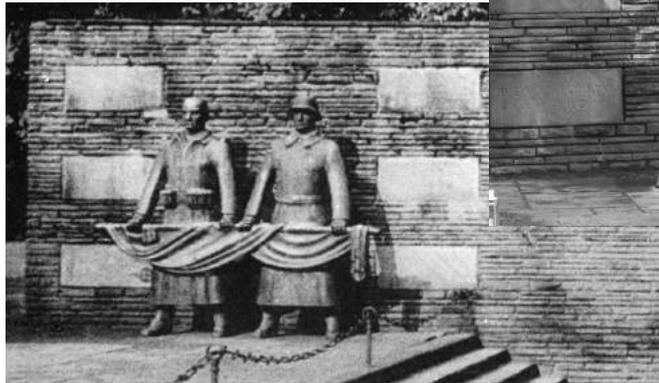
1914 und welches Ende?

„A hundred years is a very long time“ heißt der Refrain „A eines alten Shantys. Das kommt uns auch so vor, obgleich: Zwei Drittel dieser Zeit habe ich miterlebt. Jetzt also: Denkmal an den Ersten Weltkrieg oder wie?

„Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen. Wir trennen es von uns ab und stellen uns fremd.“ So Christa Wolf in ihrem Roman „Kindheitsmuster“.

Drei Brüder meines Großvaters sind im 1. Weltkrieg getötet worden. Ein Bruder meines Vaters ist im 2. Weltkrieg getötet worden – ist das so lange her? Kurze hundert Jahre nach Beginn des Weltkrieges werden wir Zeuginnen und Zeugen von Erinnerungsveranstaltungen.

Zuerst wollte ich das Hundert-Jahr-Gedenken angehen, ob sich daraus was ersehen ließe für Gegenwart und Zukunft. Pustekuchen. Die Erinnerungsmaschinerie funktioniert in die falsche Richtung. Das offizielle Gedächtnis wird erneut hergestellt – wie passend in die Zeit – durch die Relativierung der Schuldtheorie durch Ch. Clarks



Buch von den „Schlafwandlern“. Die Museen überbieten sich in Gedächtnisausstellungen. Und um uns herum geht das aktuelle Morden weiter und weiter, nähert sich den Zonen, in denen schon 1914, 1918 und 1941 Krieg geführt wurden.

Hundert Jahre – der Überfall Deutschlands auf Belgien mit den ersten Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Mit der Vernichtung ganzer Landstriche. Mit der Ermordung von Millionen junger Männer durch technisch-kriegerische Hochrüstung.

An das erinnert wird auch im Ruhrgebiet mit der Ausstellung „1914 – Mitten in Europa“ in der Kokerei Zollverein. Ich habe ein zwiespältiges Gefühl nach der Besichtigung. Einerseits gekonnt gemacht, im Bunker von oben nach unten die sich entwickelnden Kriegereignisse, nachdem auf der obersten Ebene die Vorkriegszeit mit allen Erscheinungen im Ruhrgebiet dargestellt wird. Hier wundert man sich schon: Kultur, Technik, wirtschaftliche Entwicklung, Privatleben – alles ausgebreitet, wie friedlich doch die Zeit vor 1914 schien. Jugendstil und Utopien, Industrie und Eisenbahn, Kanalbau und Bürgerstube – der Widerspruch zum kommenden Krieg ist offensichtlich. Und dann der Eingang zum Bunker: der Krieg wie aus der Zeit und aus dem Himmel gefallen, mit den Videos von alten Filmen der Massenschlachten in Frankreich, der ersten Panzer, Drahtverhaue und zerstörten Städte an den

Bunkerwänden. Mit Bildern von Soldaten. Mit Waffen und einer Kanone, mit einem Gemälde vom Gasprobeneinsatz – wo bleibt da der Horror? Jedes Shooting-Computerspiel hat heute mehr Droh- und Schauderformat.

Nein, das ist keine Antikriegsausstellung. Auch wenn auf Erklärungstafeln die Expansionspolitik des Deutschen Reiches, die Ausdehnungsgelüste der Industrie geschildert werden. Auch wenn die Traditionsfahne der SPD auf die anwachsende Bedeutung der Arbeiterbewegung hinweist. Und die Zustimmung zu den Kriegskrediten benannt wird. Auch wenn dann die friedlichen Vorkriegsausstellungsstücke von Waffen und einem Granatsplitter-Teppich abgelöst werden – am Ende bleibt die riesige Erinnerungstafel an tote Soldaten und das große Standbild zweier Soldaten, die als Denkmal 1935 in Bochum aufgestellt wurden. Diese heroisch blickenden

Mannsbilder ragen in den Bunker, ein kleines Schild verweist darauf, dass dieses Denkmal – von den Faschisten zur Überhöhung des Mordens aufgestellt – in den 1980er Jahren von Antimilitaristen in Bochum abgesägt wurde – hier steht es wieder auf(recht) ...



Wir wissen, dass der 1. Weltkrieg vor allem in Frankreich, Belgien und Osteuropa grausam geführt wurde,



Fotos: Presse- und Informationsamt, Stadt Bochum

Kriegereignisse gab es in Deutschland nicht. Geblieben in der Erinnerung sind Hunger und Entbehrungen, Frauenarbeit und Todesmeldungen – und später Erinnerungen an die verbrannten Werke von Dichtern wie Tucholsky und Kästner, deren beste Gedichte den Militarismus der damaligen Zeit näher bringen als alle Granatsplitter und Kanonen, die herrschende Unterdrückung, Gehorsamserzwingung.

Ein kurzes letztes Kapitel der Ausstellung behandelt die Revolutionen von 1918 und den weiteren Weg zum Faschismus in Deutschland. Hierzu wäre allerdings besser eine weitere Ausstellung vonnöten.

Was mir fehlt, ist die drohende Kontinuität imperialer Außenpolitik, auch in Deutschland, die sich mit dem Ersten Weltkrieg so wenig erschöpft hat wie mit den Kriegen davor. Neue Pläne liegen in den Schubladen. Die Aufteilung der Erde, der Bodenschätze, des Wassers und des Öls – wie lange noch?

Rolf Euler, Jahrgang 1947, Mitwirkung bei Gründung von AMOS in 1968, Bergmann auf einem Bergwerk in Recklinghausen, als Rentner interessiert an kommunitären Zuständen; er ist einer der AMOS-HerausgeberInnen und RedakteurInnen von AMOS.

Hartmut Dreier

1914 – 2014: Hinweise zur Frage der Kontinuität der Interessen

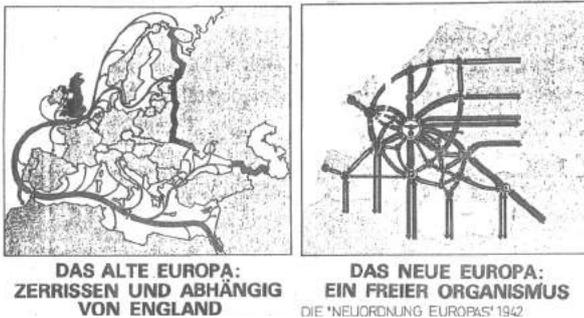
1. Kriegsziele: 3 Karten

Karte 1: Kaiserreich 1914: „Europas Zukunftskarte“



(aus ZEIT-Magazin 36/1977)

Karte 2: NS-Staat 1942: Das Neue Europa: Ein freier Organismus.



(aus: M. Walz: Wohnungsbau- und Industrieansiedlungspolitik in Deutschland 1933 – 1939, 1979)

Karte 3; „Map 1“ Deutschland-in-der-EU: 2011
„Grand Area“ – ein imperiales Raumkonzept, der „Group on Grand Strategy (GoGS)“ aus: AMOS 4|2011, S. 12 nach Jürgen Wagner in: IMI (Tübingen), Herbst 2011. Der GoGS-Beirat besteht aus einflussreichen EU-Denkfabriken, u.a. der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung Wissenschaft und Politik. In der Analyse entwirft GoGS 2011 eine „Geostrategie gegen den Abstieg“ unter den Überschriften: „Bedrohte westliche Vormacht“, „(Teil-) Rückzug der Vereinigten Staaten“, „Anforderungsprofil an eine ‚Weltmacht Europa‘“ (hierzu die Themen: „Abstieg vermeiden – Weltmacht werden – Pazifismus überwinden“.

IMI kommentiert: „... Die Wirtschafts- und Währungsunion und die dazugehörigen Stabilitätskriterien wurden komplett nach deutschen Präferenzen modelliert, mit dem Resultat, dass nicht nur mittlere und kleinere Staaten wie Griechenland, sondern auch Frankreich und Großbritannien der deutschen Exportoffensive nichts entgegenzusetzen haben und massiv an Boden verloren. Anstatt dieser Entwicklung entgegenzusteuern ..., versucht Deutschland sogar, die sich mit der Eurokrise bietende Gelegenheit zu nutzen, um seine wirtschaftliche Macht in politische Macht umzumünzen und recht unverblümt die Vormachtstellung in der Europäischen Union für sich zu beanspruchen.“ IMI verweist dabei auf Ulrich Beck („Deutscher Euro-Nationalismus“, Berliner Zeitung, 3.10.2010) „Die Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die europäische Wäh-

rungskrise, um die finanzpolitischen Weichen in der Eurozone in Richtung auf ein deutsches Europa umzustellen.“

2. Als Grundsatzartikel für das wiedervereinigte Deutschland bewerten wir:

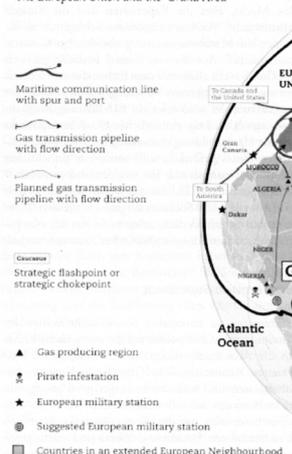
Klaus Kinkel: „Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung. Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt“, in: FAZ, 19.3.1993, (zit. in Jürgen Link: „Deutschland in Afghanistan – eine ‚größere Mittelmacht mit zweifelhafter Vergangenheit‘?“ kultuRRvolution Nr. 58, 1/2010, S. 8):

„In dieser neuen Phase der Weltpolitik steht auch das wiedervereinigte Deutschland vor einem Neuanfang. Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Inneren wie nach außen entspricht einem tiefen Wunsch unserer Bevölkerung seit Kriegsende. Sie ist jetzt auch notwendig, wenn wir in der Völkergemeinschaft respektiert bleiben wollen. So wie wir die innere Vereinigung nur mit einem ehrlichen Patriotismus schaffen, so werden wir unserer weltpolitischen Verantwortung nur mit einer Übernahme aller Rechten und Pflichten eines UN-Mitgliedes gerecht ... Unsere Bürger haben begriffen, dass die Zeit unseres Ausnahmezustandes vorbei ist, die Opposition tut sich schwerer damit. Ich vertraue hier aber auf die Macht des Faktischen. Eine Grundgesetzänderung, die die ganze Breite möglicher UN-Aktionen abdeckt, wird von Monat zu Monat dringlicher. Die Konflikte warten nicht ab, bis wir soweit sind, und sie laufen nicht so harmlos und berechenbar ab, wie es sich einige gerne ausmalen würden. Wir müssen jetzt unsere Fähigkeiten zur Normalität nach Innen und außen unter Beweis stellen, wenn wir politisch nicht schwer Schaden nehmen wollen ...“

Klaus Kinkel, der langjährige BND-Chef, formulierte 1993 als Außenminister richtungsweisend die Politik des wiedervereinigten Deutschlands. „Woran wir zweimal zuvor gescheitert sind ...“, „... zu einer Rolle finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht“. Was in 2014 Bundespräsident Gauck, die Bundeskanzlerin Merkel, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen aussprechen und umsetzen, liegt auf dieser Linie.

Map 1

The European Union and the 'Grand Area'



Hartmut Dreier, seit 1969 im AMOS aktiv, damals Studentenpfarrer ESG Bochum, seit 1977 Gemeindepfarrer in Marl, wo er seit 1999 im Ruhestand lebt.

Jürgen Klute

Von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg zu Bundeskanzlerin Angela Merkel

Mit dem Überfall Deutschlands auf Belgien am 4. August 1914 begann der 1. Weltkrieg. Gut einen Monat später, am 9. September, legte der damalige Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg das Septemberprogramm vor. Darin skizzierte er, welche Ziele dieser Krieg haben und wie Europa nach einem Sieg über die europäischen Nachbarn aussehen sollte. Bethmann Hollweg konzentrierte sich dabei auf die ökonomischen Kriegsziele. Zu den militärischen äußerte er sich nicht, das wollte er den Militärs überlassen.

Beim Lesen des sechs Punkte umfassenden Textes kommt einem vieles trotz des hundertjährigen Zeitabstands eigenwillig aktuell vor. Es ging um ökonomische Interessen. Bethmann Hollweg wollte zum einen das nordfranzösische Erzbecken um Briey Deutschland einverleiben. Das restliche Frankreich sollte durch einen Handelsvertrag in deutsche Abhängigkeit gebracht werden: „Dieser Handelsvertrag muß uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen – so, daß deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.“ Teile von Belgien sollten an Preußen und an Luxemburg fallen. Andererseits sollten die flämischen Teile Nordfrankreichs Belgien zugeschlagen werden. Wirtschaftlich war Belgien die Rolle einer „deutschen Provinz“ zugeordnet. Luxemburg sollte als Bundesstaat dem deutschen Reich eingegliedert werden. Holland gegenüber war Bethmann Hollweg zurückhaltender. Angesichts des Freiheitsdrangs der Holländer dachte er an vertragliche Regelungen, die die äußere Unabhängigkeit unangetastet lassen, aber dennoch eine innere wirtschaftliche Abhängigkeit ermöglichen sollten.

Schließlich sah das Programm einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverband unter deutscher Dominanz vor: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“ – Gerade dieser Teil des Septemberprogramms liest sich fast wie eine Vorlage für die gegenwärtige EU-Politik der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel.

Der 1. Weltkrieg ist gänzlich anders ausgegangen, als die deutschen Kriegsherren sich das anfangs ausgemalt hatten. 21 Jahre später haben die Nationalsozialisten ein weiteres Mal versucht, Europa militärisch unter deutsche Vorherrschaft zu

bringen. Auch dieser Versuch endete in einer humanitären Katastrophe. Um einem dritten Anlauf dieser Art vorzubeugen, zogen die europäischen Nachbarn die Konsequenzen aus den beiden ersten und entwickelten Schritt für Schritt die heutige Europäische Union. Das Ziel der EU war und ist erst recht seit der Wiedervereinigung die politische Einhegung Deutschlands und die Unterbindung deutschen Vormachtstrebens in Europa durch eine wirtschaftliche und politische Integration.

Doch im Zuge der EU-Krise sind genau diese Befürchtungen Wirklichkeit geworden. Die deutsche (Export-)Wirtschaft ist so übermächtig, dass die Bundesregierung unter Merkel den anderen Mitgliedsländern ihre Krisenlösungen aufdrängen konnte – zum massiven Nachteil der betroffenen Krisenländer und zum Nachteil einer sinnvollen wirtschaftlichen und politischen europäischen Integration, aber zum Nutzen der deutschen Wirtschaft. Die Machtungleichgewichte zwischen EU-Staaten sind so groß, dass sich angesichts der deutschen Übermacht im EU-Rat heute kaum eine Regierung mehr traut, den deutschen Interessen eigene entgegenzustellen. Das ist ganz besonders die Erfahrung der Krisenstaaten unter dem Troika-Diktat. Nur ein starkes Europäisches Parlament (EP) als die einzige demokratisch legitimierte EU-Institution kann dieses Machtungleichgewicht kompensieren. Der kritische Bericht des EP vom März 2014 zur Arbeit der Troika ist in Berlin aufmerksam zur Kenntnis genommen und vehement kritisiert worden – ganz im Gegensatz zu den Protestbewegungen in den Krisenländern, die zu sehr auf das eigene Land bezogen blieben und – leider – kaum vernetzt und strategisch ausgerichtet sind. Deshalb haben sie bis heute die EU-Ebene kaum erreichen können und noch weniger die Regierungen der EU-Mitgliedsländer.

Mit militärischen Mitteln ist es Deutschland nicht gelungen, eine Vormachtstellung in Europa zu erlangen, sondern durch wirtschaftliche Stärke und den EU-Binnenmarkt. Heute gefährdet Deutschland den Frieden in Europa nicht mehr militärisch, sondern durch die sozialen Verwerfungen, die es durch seine dominante wirtschaftliche und politische Rolle in den Krisenländern provoziert hat. Soll die EU als politische Institution bestehen bleiben, der es gelungen ist, die Lösung ihrer Interessenkonflikte vom Schlachtfeld auf eine parlamentarische Aushandlungsebene zu verlagern, dann muss die Bundesrepublik einen grundlegenden Richtungswechsel in der EU-Politik vornehmen. Sonst kommen wir am Ende wieder dort an, wo einer der Hauptausgangspunkte für die EU lag: 1914.

Jürgen Klute, Mitherausgeber des AMOS, 1989 – 2006 Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne, danach Referent an der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Von 2009 bis 2014 für die Partei Die Linke Mitglied des Europäischen Parlaments. Hier war er Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und Obmann seiner Fraktion in diesem Ausschuss. Weiterhin stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss, Mitglied in der Merkosur-Länderdelegation und in der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung EU-Lateinamerika, stellv. Mitglied in der Türkeidelegation und der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung EU-Türkei. Ein besonderes Engagement galt der Menschenrechtssituation in Kolumbien und dem Konflikt zwischen den Kurden und der türkischen Regierung.



Ulrich Sander

Die Bundesluftwaffe ist gefechtsbereit – auch von Kalkar/Niederrhein aus

Vom 12. bis 23. Mai übte die Bundeswehr im seit langer Zeit größten Maßstab. Die Übung hieß JAWREX 2014, was soviel wie Vereinte taktische Luftkriegsübung (Joint Air Warfare Tactical Exercise) bedeutet. Entsprechend heutiger NATO-Regel war es eine Luftkriegsübung, denn die Kriege der Zukunft sind solche in der Luft, ob mit oder ohne Piloten an Bord. Über 4.000 Soldaten und Offiziere mit 100 Flugzeugen nahmen teil. Ihr Einsatzgebiet: Mecklenburg-Vorpommern, nur wenige hundert Kilometer von der Ukraine entfernt. Hinzu kamen noch die rund 800 Experten, die von Kalkar/Uedem am Niederrhein aus die Übung kommandierten. In den Medien erfuhr man so gut wie nichts über die Kriegsspiele der Bundeswehr und NATO auf deutschem Boden in ernster Zeit ...

Was ist mit Kalkar? Im Herbst 2011 konnte man in Provinzzeitungen vom Niederrhein lesen: Von Kalkar aus wird durch die NATO künftig der gesamte Luftraum nördlich der Alpen observiert und „gesichert“. In ihm wird bewaffnet operiert – mit bemannten und unbemannten Flugobjekten. Dieser Luftraum umfasst fast das gesamte Russland. Im vorläufig virtuellen Einsatz können Flugzeuge abgeschossen oder „Terroristen“ in weiter Ferne unschädlich gemacht werden. „Wenn die NATO Krieg spielt“, stand über dem Artikel. Inzwischen erfuhren wir mehr – wieder durch ein Provinzblatt: „Der Luftwaffenstandort Kalkar wächst“ (Rheinische Post, Niederrhein-Ausgabe Kleve, 6. März 2014).

Beim diesjährigen Ostermarsch Ruhr wurde auf dem Dortmunder Friedensplatz beim Marschstopp über die Vorgeschichte des exorbitanten Luftwaffenkommandos in Kalkar/Uedem berichtet, das die Zahl der Drohnenpiloten und antirussischen Raketenschirmbesetzungen auf 1.000 Experten des Tötens verdoppelt hat und noch weitere 400 Arbeitsplätze für Mordkommandos und den antirussischen Raketenschirm plant, deren Arm bis weit hinter Kiew und Moskau reicht. In kleinen afp-Meldungen wie in der Westfälischen Rundschau, 3. Februar 2012, erfuhren wir: Die Bundesregierung habe dem Aufbau des Nato-Raketenschildes im rheinland-pfälzischen Ramstein zugestimmt und wolle Patriot-Raketen bereitstellen.

Ramstein und Kalkar stehen unter amerikanischem Oberbefehl, wie aus einer Mitteilung der Stadt Stuttgart vom 24.04.2014 hervorgeht. Dort wurde von Oberbürgermeister Fritz Kühn (Grüne) der US-Luftwaffengeneral Philip M. Breedlove empfangen, der „zuvor Kommandeur der US-Luftstreitkräfte in Europa und Afrika, der Nato-Luftstreitkräfte Ramstein und Direktor des Kompetenzzentrums der Nato-Luftstreitkräfte mit Sitz im nordrhein-westfälischen Kalkar“ war. Nunmehr sei er „Kommandeur des amerikanischen Europakommandos mit Sitz in Stuttgart (Eucom) und Oberbefehlshaber für Nato-Operationen (Saceur).“

Der Raketenschirm muss Russland beunruhigen, wurde auf dem Ostermarsch festgestellt. Man erinnerte aber auch an

die alte Erkenntnis der Friedensbewegung: Raketen sind Magneten. Der Schirm entsteht in Ramstein – von wo aus die USA ihren Kampfdrohnenkrieg führen – und in Kalkar/Uedem, wo die Nato und die BRD den Drohnenkrieg vorbereiten. In Ramstein wie Kalkar kommandiert als oberster Kommandeur ein US-General. Die Kriegsvorbereitungen dort müssen auch im Zusammenhang mit der gefährlichen Entwicklung in der Ukraine gesehen werden.

Andere unveröffentlichte skandalöse Meldungen wurden auf anderen Märschen thematisiert: Der Absturz eines Tornadoflugzeugs vom 16. Januar 2014 ganz nahe beim Atomwaffenstützpunkt Büchel (Rheinzeitung, Koblenz, 17. und 23. Januar 2014, 29. März 2014) Oder der Beinahe-Atomunfall ganz in der Nähe von Tausenden Kirchentagsgästen am Hamburger Hafen im Mai 2013 (Altona-Info, Lokalzeitung für Hamburg-Altona, 21. Mai 2013). Auch dieser Vorfall wurde gedeckelt.

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag steht die Verpflichtung, dass das „vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ (Art. 2 Satz 3). ... Auf verfassungsmäßiger Grundlage operiert die Friedensbewegung. In vielen Medien wird diese verhöhnt oder totgeschwiegen. Geradeso als wäre es kürzlich gewesen, wird gesagt: „Ihr wart doch Anfang der Achtziger noch so viele, wo sind sie geblieben?“ Das ist 30 Jahre her. Damals gelang es, die Gewerkschaften und die Medien in die Friedensbewegung einzubeziehen. Heute sind die Gewerkschaften ruhiggestellt und die Medien berichten aus der Praxis der Bundeswehr, als wäre sie eine große Kinderbetreuungsanstalt mit einer Gleichstellungsministerin an der Spitze ...

Ulrich Sander ist Bundessprecher von VVN-BdA Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten. Der Artikel erschien in UZ (13.6.2014).

Die katholische Militärseelsorge der Bundeswehr wirbt für die Beschaffung und den Einsatz von Kampfdrohnen. Die Institution unterhält ein „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ (ZEBIS), das vor kurzem ein „E-Journal“ zum Thema im Internet freigeschaltet hat. Dort finden sich fast ausschließlich Beiträge von Wissenschaftlern und Offizieren, die die Kriegsführung mittels bewaffneter Unmanned Aerial Systems (UAS) unterstützen. Besonders hervorgehoben werden dabei zwei „Vorteile“ des Einsatzes von UAS: Zum einen seien diese aufgrund der ihnen attestierten „Präzision“ geeignet, als „Kollateralschäden“ bezeichnete zivile Todesopfer zu vermeiden. Zum anderen könnten Drohnen die Gefährdung der eigenen Soldaten minimieren, da sie aus großer Distanz gesteuert werden. Ein Luftwaffengeneral der Bundeswehr bezeichnet die Gegner von UAS sogar als „unmoralisch“ und „zynisch“ und wirft ihnen vor, die kämpfende Truppe bewusst unnötigen Risiken auszusetzen. Thematisiert wird außerdem der Befund, dass Militärs, die Drohnen lenken, aufgrund der von ihnen zu verantwortenden Gewalttaten psychisch erkranken. Als „Gegenstrategien“ empfehlen die Autoren des katholischen Internetportals unter anderem das systematische „Trainieren“ seelischer „Widerstandsfähigkeit“ – sowie die Behandlung mit Psychopharmaka.
mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58897>

Mark S. Burrows

Three Silences

One silence carves
slowly into the old stone ledge,
drop by falling drop,

an ecstasy
for those who know the permanence
of change.

A second stalks us
amid wars and rumors of war,
violence carved

into faceless bodies
who witness a shock they will not know
as awe.

In the newspaper photo,
an old woman bent over with age and care
tends

a single flower
rising from the parched and fragile earth.
With one withered hand

she clutches a watering can,
with the other a faded photograph of
her lost son.

This is another silence,
a grave way of life, a refusal against the
madness.

Dreimal Stille

Eine Stille schneidet
langsam in ein Gesims aus Stein,
Tropfen nach fallendem Tropfen,

eine Ekstase
für die, die die Dauerhaftigkeit
der Veränderung kennen.

Eine zweite verfolgt uns
inmitten von Kriegen und Kriegsgerüchten,
Gewalt eingemeißelt

in gesichtslose Körper,
die einen Schock bezeugen, den Sie nicht erkennen werden
als Ehrfurcht.

In dem Zeitungsfoto,
eine alte Frau, durch Alter und Sorge gekrümmt,
kümmert

sich um eine einzelne Blume,
die aufblüht aus der verdorrten und zerbrechlichen Erde.
Mit der einen, welken Hand

umklammert sie eine Gießkanne,
mit der anderen ein verblasstes Foto von
ihrem verlorenen Sohn.

Dies ist eine weitere Stille,
eine schwere Art des Lebens, eine Verweigerung von
Wahnsinn.

Übersetzung: Carlota Raul, Redaktion: Ian Pollock

Prof. Dr. Mark Burrows ist Professor für historische Theologie an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum. Er ist auch als Dichter unterwegs und ist Mitglied der Bochumer Literaten (<http://bochumerliteraten.de/>). Mehr über ihn: www.msburrows.com

Carlota Raul studiert Gemeindepädagogik, Diakonie und Soziale Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum. Neben ihrer Vorliebe für Musik übersetzt sie Liedtexte und Gedichte aus dem Englischen ins Deutsche.

Ian Pollock, international lehrender, ausstellender, publizierender digital arbeitender Medienwissenschaftler und Medienkünstler, Illustrator, Cartoonist u.a., hat von seinem Wohnort in den USA aus bei AMOS als Autor u.a. im Jahr 2013 zwei Iwurf-Kolumnen geschrieben.

Lesetipps

Benjamin Benz empfiehlt:

*Mechthild Seithe / Wiesner-Rau (Hg.):
„Das kann ich nicht mehr verantworten!“. Stimmen zur Lage der
Sozialen Arbeit,
Neumünster, Paranus, 232 S.*

*Jens Kastner / Elisabeth Bettina Spörr (Hg.):
nicht alles tun – cannot do everything. Ziviler und sozialer Unge-
horsam von Kunst, radikaler Politik und Technologie
Münster, Unrast, 195 S.*

*Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg,
Fakultät Wirtschaft und Soziales (Hg.)
Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen,
Standpunkt Sozial, Heft 1+2/2012, Hamburg 2012, 268 S.*

*Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg,
Fakultät Wirtschaft und Soziales (Hg.)
Sozialarbeitspolitik – Dimensionen des Politischen in der Sozialen
Arbeit,
Standpunkt Sozial, Heft 1/2009, Hamburg 2009, 147 S.*

Andreas Buro

Ukraine: Gefährliche Eskalation. Road Map zu Kooperation statt Konfrontation

Der Ukraine-Konflikt spielt sich auf drei Ebenen ab: der Konfrontation zwischen den West- und Ost-Großmächten, auf der Ebene der innergesellschaftlichen Gegensätze der Ukraine und im bislang wenig beachteten Bereich zwischen den USA und der EU. Die Gefahr der Eskalation des Konflikts ist beträchtlich. Die Eskalation darf nicht zum Selbstläufer werden, den möglicherweise keiner der Konfliktparteien, sei es aus außen- oder innenpolitischen Gründen, unter Kontrolle bekommt. Hier gilt es, einen Weg der Deeskalation darzustellen, der von Konfrontation zu Kooperation führen kann.

Die Grundkonstellation des aktuellen Konflikts

Was lässt sich über das scheinbare Chaos halbwegs sicher sagen?

Die Krim ist Russland einverleibt – das scheint nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt zu werden, obwohl diese Usurpation aus rechtlichen und pazifistischen Gründen nicht gebilligt werden kann. Sie ist aus machtpolitischen, militärischen Gründen zu erklären.

Sicher ist auch, dass am Ende des West-Ost-Konflikts US-Präsident Bush sen., US-Außenminister Baker und NATO-Generalsekretär Wörner Michael Gorbatschow versichert haben, die Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts würden nicht Mitglieder der NATO werden. Die NATO würde also nicht an die Grenzen der Sowjetunion rücken. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten. Die EU und im Gefolge die NATO expandierten gen Osten. Nach 1999 traten Polen, Tschechien, Ungarn, nach 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und nach 2009 Albanien und Kroatien der NATO bei. Fast alle sind Länder, die einst zur Sowjetunion oder zum Warschauer Pakt gehörten.

Sicher ist ebenso: Die Bemühungen um weitere NATO-Beitritte sind damit nicht beendet. Georgien, Moldawien und die Ukraine waren und sind die nächsten Kandidaten. EU-Assoziierungsabkommen dienen als Vehikel zu diesem Ziel.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass der Kreml die NATO-Einkreisung als Bedrohung empfindet. Der Konflikt zwischen Georgien und Russland 2008 war ein deutliches Signal an den Westen. Doch der Westen blieb schwerhörig. Vor diesem historischen Hintergrund ist der Konflikt um die Ukraine vorrangig als ein strategischer Konflikt zwischen zwei nuklearen Großmächten und ihren Bündnispartnern zu verstehen.

Sicher ist ferner die vehemente Unterstützung der aufständischen Kräfte in der Westukraine durch den Westen. Die für Europa und Eurasien zuständige Abteilungsleiterin des US-Außenministeriums Victoria Nuland berichtete am 13. Dezember 2013 in Washington vor der U.S.-Ukraine Foundation, die US-Regierung habe seit 1991 mehr als fünf Milliarden US-Dollar für eine „wohlhabende und demokratische Ukraine“ investiert. Mit dieser Summe sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Ukraine der EU zuzuwenden.

Die westliche Strategie beruht auf dem ausgehandelten, aber dann vom damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch nicht unterzeichneten Partnerschaftsvertrag mit der EU. Der Vertrag hätte eine Westorientierung der Ukraine bewirkt. Die bisherige Bindung an Russland wäre deutlich verringert worden.

Der Konflikt löste Befürchtungen in den ehemaligen Mitgliedsländern des Warschauer Pakts mit starken russischen Minderheiten (Estland, Lettland) aus. Könnten russische Übergriffe auch sie treffen? Sie fordern eine militärische Verstärkung. Doch haben sie wirklich als NATO-Mitglieder einen Angriff zu erwarten? Das wäre nur vorstellbar, falls es zu einer großen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO käme.

Die Bürgerinnen und Bürger, die vor allem in Kiew und den westlichen Landesteilen der Ukraine den Protest gegen die Janukowitsch-Präsidentschaft getragen haben, fürchteten zu Recht, ihre demokratischen Freiheiten würden zunehmend erstickt werden. Sie hofften wohl auch auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Der Aufstand wurde jedoch von sehr unterschiedlichen politischen Kräften getragen, darunter auch marginalen, aber höchst aktiven nationalistischen bis faschistischen. Während die westliche Ukraine schon seit langer Zeit trotz einer furchtbaren Vergangenheit auf Mittel- und Westeuropa kulturell und sprachlich ausgerichtet ist, orientiert sich der Osten in Teilen nach Russland und spricht auch Russisch. Die großen Bodenschätze liegen im östlichen Teil des Landes. Die dortige verarbeitende Industrie ist ein wichtiger Zulieferer für die russische Rüstungsindustrie.

Zu der Grundkonstellation des Konflikts gehören auch die Differenzen zwischen den USA und der EU. Die USA sind im Handel und mit Investitionen in Russland weit weniger involviert als die EU-Staaten. Sie sind außerdem nicht von Gas- und Öllieferungen aus Russland abhängig wie die EU-Staaten.

Differenzen zwischen den USA und der EU im Ukraine-Konflikt

USA und EU reagieren unterschiedlich auf die von Russland unterstützten separatistischen Bestrebungen in der Ost-Ukraine. Für die USA steht die Ausweitung der NATO nach Osten unter militärstrategischen und wirtschaftlichen Aspekten der Globalisierung im Vordergrund. Dies führt zu einer harten Gangart der USA. Sanktionen sollen den Kreml in die Knie zwingen, während die EU weit mehr auf Verhandlungen drängt, um Kooperation mit Russland weiter zu ermöglichen und zu erweitern. Eine Politik der eurasischen Kooperation, die den Spielraum der EU gegenüber den USA vergrößern würde, ist zudem für die USA auch unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung des Dollars als Leitwährung gegenüber dem Euro negativ besetzt. Stimmen gewichtiger US-Politiker lassen erahnen, ein Zusammenprall zwischen EU und Russland,

der beide Seiten schwächt, könne durchaus im Interesse von US-Strategien liegen. Die EU würde sich dann stärker unter die Obhut der USA begeben müssen. Die aktuelle provozierende Haltung der USA könnte einer solchen Orientierung entsprechen.

Road Map für eine zivile Lösung des Konflikts

• Es besteht die Gefahr einer nicht gewollten militärischen Eskalation zwischen den Großmächten. Die NATO und Russland erklären deshalb, sie wollen auf keinen Fall den Konflikt militärisch austragen. Deshalb solle zwischen NATO und Russland ein rotes Telefon und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet werden.

• Die EU begrüßt diese Erklärungen und bietet Hilfe zur Deeskalation an.

• Russland und NATO stimmen zu, sich an der Verwirklichung der Sicherheitsmaßnahmen zu beteiligen.

• Die NATO erklärt, sie beabsichtige nicht, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen und auch nicht in anderer Form mit ihr militärisch zu kooperieren.

• Die EU erklärt, sie betrachte alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens, die sich auf eine militärische Kooperation beziehen, als ungültig.

• Kiew erklärt sich als neutral, wie es bereits in seiner Verfassung festgelegt sei. Es würde keinem Militärpakt beitreten.

• Die USA erinnern Russland an den trilateralen Vertrag zwischen der Ukraine, den USA und Russland vom 13.1.1994 in Moskau. Dabei wurden der Ukraine unter anderem Grenzgarantien zugesichert.

• Russland erklärt sich mit der Neutralität der Ukraine einverstanden und will sie dauerhaft respektieren.

• Russland beendet daraufhin stillschweigend seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.

• USA und EU akzeptieren die Neutralitätserklärung der Ukraine und bringen zum Ausdruck, sie dauerhaft respektieren zu wollen. Sie kündigen einen Plan zur stufenweisen Beendigung ihrer Sanktionen gegen Russland an und fordern Moskau auf, es ihnen gleich zu tun.

• Kiew erlässt eine Amnestie für die Separatisten und gestattet ihren unbehinderten Abzug nach Russland.

• Kiew erarbeitet eine neue föderale Verfassung mit angemessenen Autonomierechten, die auch Minderheiten schützen. In ihr ist eine Wirtschaftsordnung festgelegt mit gleichberechtigten Beziehungen nach West und Ost unter Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Bedürfnisse der Ukraine.

• Die NATO zieht die Streitkräfte wieder ab, die sie während des Konflikts in Mitgliedsstaaten mit einer Grenze zu Russland stationiert hatte.

• Kiew fordert eine neue Volksabstimmung auf der Krim über deren Sezession. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung exterritoriales Gebiet Russlands bleiben würde. Die Volksabstimmung solle unter strikter Kontrolle der OSZE erfolgen und die Ergebnisse wären verbindlich für alle. Russland müsse sich verpflichten, die kulturellen Rechte der Krimtataren zu respektieren, falls die Abstimmung die Angliederung der Krim an Russland bestätigt.

• Russland erklärt sich bereit, über die Modalitäten dieses Vorschlags zu verhandeln.

• USA, EU und NATO heben nun alle Sanktionen gegen Russland auf.

• Russland erklärt sich bereit, mit Kiew über die Lieferung von Öl und Gas und die Verrechnung bestehender Schulden erneut zu verhandeln.

• Deutschland schlägt in Übereinstimmung mit der EU eine Dauerkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) vor – eventuell im Rahmen der OSZE. Auf ihr sollen in mehreren „Körben“ die verschiedenen Themen behandelt und zur Schlichtung von Kontroversen beigetragen werden.

• Kiew fordert Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldawien auf, sich ebenfalls für einen neutralen Status zu entscheiden und in regionaler Kooperation bestehende Differenzen – etwa bezogen auf Bergkarabach und Transnistrien – beizulegen und gemeinsame Interessen zu vertreten.

• Die NATO verzichtet darauf, sich um einen Beitritt dieser Länder zu bemühen, falls diese sich für neutral erklären sollten.

Würde nach dieser Road Map verfahren, könnte die Ukraine eine wichtige Rolle als Brücke zwischen West und Ost und zur Befriedung vieler Länder in der Region übernehmen.

Eine friedliche Lösung wäre möglich, wenn die alten Verhaltensweisen der Konfrontation zugunsten einer Politik der Kooperation und der zivilen Konfliktbearbeitung in Europa aufgegeben werden. Abbau von Misstrauen und Aufbau von Vertrauen sind erforderlich. Die Zivilgesellschaften aller beteiligten Länder können dazu beitragen, indem sie sich gegen Feindbilder und Verhetzungen wenden.

Prof. Dr. Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Koordinator des Monitoring- und des Münchhausen-Projekts sowie des Dialog-Kreises Aachener Friedenspreis 2008, Göttinger Friedenspreis 2013.

Der Text basiert auf dem gerade erschienenen Dossier VII, „Der Ukraine-Konflikt – Kooperation statt Konfrontation“ des Monitoring-Projekts, herausgegeben von der „Kooperation für den Frieden“ 8/2014. Es kann kostenlos heruntergeladen werden: www.friedenskooperative.de. Bitte auch über eigene Verteiler weiter verbreiten!

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Manfred Walz

Menschenorte 23

Menschenpartnerschaft – bei den Jachnows

80 Kubikmeter liegen in einer Bochumer Lagerhalle seit Wochen bereit. Es sind Hilfsmittel für den täglichen Bedarf, Kleidung, Bettwäsche, Brillen, Rollatoren, Verbandsmittel – gespendet, um auf den Weg über Polen in die Ukraine zu den bedrohten Menschen in Donezk gebracht zu werden. Waltraud Jachnow hat sie mit der „Städtepartnerschaft Bochum-Donezk“ gesammelt, immer ideell unterstützt von ihrem Mann, zuletzt Slawist an der Bochumer Ruhruni. Der letzte Hilfstransport kam Ostern 2014 in Donezk an. Wichtig ist jetzt mehr noch als zuvor für die Donezker, da die Hilfsgüter hier festliegen, Solidarität über Telefongespräche und Email-Kontakte aus Bochum zu erfahren.



Hier, in ihrer Mietwohnung in einem Bochumer Bauernhof mit weiter Sicht über die nasskalten Felder des August 2014, sind sie 1976 angekommen. Beide trafen sich an der

Berliner „Freien Universität“ beim Slawistik-Studium. Die Geburtsorte der drei Kinder markieren den Weg, den die junge Familie nahm, um dem Slawistik-Lehrenden zu folgen: Berlin, Konstanz, schließlich Herne im Ruhrgebiet. Die Städtepartnerschaft wurde angestoßen durch die Friedensbewegungen der 1980er Jahre. Donezk sollte es sein, Bergbaustadt wie die Bochumer Partnerstadt Sheffield, das schon mit Donezk verbunden war. Unmittelbarer Anlass in Bochum war die Existenz dreier großer Gräberfelder auf dem Hauptfriedhof mit den Gräbern sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsoffer, die vor allem im Bergbau ihr Leben verloren.

1987 wurde die Städtepartnerschaft offiziell begründet. In ihrer hohen Zeit um 2000 hatte sie 300 Mitglieder – natürliche und juristische Personen wie Schulen, Institutionen und Vereine. Die Partnerschaft wuchs mit gegenseitigen kulturellen Austauschen mit Chören und Orchestern und persönlichen Begegnungen. Das Ausscheiden der Ukraine aus dem sowjetischen Verbund 1991 bedeutete da keinen Einschnitt. Ab 1992 wurden mehrere Hilfsprojekte initiiert. Es wurden zunächst jährlich fünf bis sechs kleine, dann drei große Lkws mit Hilfsgütern geschickt. Wichtig war auch, dass einige Zwangsarbeiter persönlich dabei unterstützt werden konnten, Entschädigungen für die erlittenen Ausbeutungen zu erhalten.

Die Lage heute für die Donezker Freunde ist schlimm, viele haben Angst, wegen der Einschüsse das Haus zu verlassen.

Sie können nur stundenweise auf die Straße gehen, viele sind geflüchtet, die Banken sind geschlossen, wenigstens sind einige Läden noch offen. Mehr als 1,2 Millionen Einwohner hatte die Stadt, heute sind es noch 900.000. Der Gouverneurssitz ist von den Separatisten besetzt, die Donezker Stadtverwaltung „funktioniert“ noch teilweise, sie versucht neutral zu bleiben. Sie sorgt sich um die Wasserversorgung und weist fast täglich die besonders gefährdeten Gebiete in der Stadt aus.

Zum Schluss hat Frau Jachnow noch eine erstaunliche Nachricht: Das im Rahmen der Partnerschaft angeschobene „Essen auf Rädern“ soll am 2. September wieder beginnen mit Kochen und Ausfahrten – sagen die Donezker Freunde.

Manfred Walz, Stadtplaner, freut sich bei Menschenorte immer wieder originale und originelle Ruhrgebietende zu treffen.

Anton Schlösser

Schausteller

Besuch Ehud Olmerts

Ein weißer Mann
Streichelte ein totes
Mädchen schwarz
Stadt & Land ruhig zu halten
Bis nichts mehr war
Was er in seinen Händen hielt
Zerkrümelt von seinen Worten
Starb es noch einmal.

Der Engel der Geschichte
Stolpert ins Bett.
Unter weißen Laken
In Schweiß gebadet
Dreht er sich um
Nichts mehr zu sehen
Hat er die Flügel los.



Anton Schlösser, Jg. 1935, Studium der Medizin, Geschichte, Philosophie und Germanistik, Dr. med., 1978 – 96 Leiter der im Rahmen der Psychiatrie-Enquete gegründeten Fachklinik Langenberg, lebt in Hattingen, engagiert seit Anfang der 70er Jahre in der Friedensbewegung und der Sozialpsychiatrie.

Jürgen Link

Seit 100 Jahren absolut nichts dazugelernt:

Die mediopolitische Klasse des Westens im Eskalationsfanatismus gegen Russland – warum?

Während diese Zeilen geschrieben werden (Anfang August 2014), herrscht im Westen, voran in Deutschland, ein totaler medialer Notstand, was Informationen zur Eskalation gegen Russland wegen der Ukraine betrifft. Die Mainstream-Medien nehmen Gerüchte aus (völlig unkontrollierbaren, da nicht einmal offiziellen) Dienste-Quellen für bare Münze – von denselben Diensten, die uns 2003 das Märchen von Saddams chemischen Waffen aufgetischt haben. STOPPT PUTIN JETZT!, fordert der Spiegel auf den Tag 100 Jahre nach „Ausbruch“ des 1. Weltkriegs, auch gegen Russland, und schämt sich nicht, zu diesem Eskalationsgeschrei die Fotos der toten Passagiere aus Holland zu missbrauchen. Immer mehr Freunde und Bekannte fragen sich, ob unsere mediopolitische Klasse völlig durchgeknallt ist und ernsthaft mit dem Gedanken einer schließlich auch militärischen Eskalation gegen Russland spielt. Klar ist, dass das Volk für dumm verkauft wird und dass die Floskel „sie lassen uns dumm sterben“ einen höchst makabren Unterton bekommt.

Aber vielleicht ist das Ganze bloß ein Sturm im Wasserglas, mit dem die USA die zentrifugalen Tendenzen bei der aufstrebenden „Macht des 21. Jahrhunderts“ (Deutschland) zurechtstutzen wollen? Immerhin gibt es trotz des Mediennebels einige Fakten, die alles andere als beruhigend sind.

Erstens: Das enge Bündnis des Westens mit einer Regierung, in der eine eindeutig neofaschistische Partei (Swoboda) Mitglied ist, stellt genau das dar, was als Ursache des 1. und 2. Weltkriegs beklagt wird: einen „Zivilisationsbruch“. Swoboda (Freiheit), wie sich die „Sozial-Nationale Partei“, Partner der NPD und der griechischen „Goldenen Morgenröte“, seit 2004 umgetauft hat, bekennt sich im Programm weiter zum „Sozialnationalismus“. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum setzte ihren Führer Tjahnybok, aufgestiegen zum Partner unseres Außenministers Steinmeier (Händeschütteln), auf Platz 5 der Top-Antisemiten in der Welt (Dez. 2012), und das EU-Parlament warnte am 13. 12. 2012 demokratische Parteien vor einem Bündnis mit Swoboda, das die EU nicht tolerieren werde. Heute stellt Swoboda Minister und den Generalstaatsanwalt der Ukraine (Machnyk). Also: Den „Zivilisationsbruch“, den sie „nie wieder“ zulassen wollten, haben die westlichen Regierungen jetzt selbst begangen. Warum? Warum?

Zweitens. Neben sicher massiven wirtschaftlichen Projekten (so will die Firma von Bidens Sohn Hunter Biden in der Ostukraine Fracking betreiben usw. – und all die noch vor Kurzem „prorussischen“ und jetzt „prowestlichen“ Wendehals-Oligarchen sind tolle „Ansprechpartner“) – daneben gibt es klare geostrategische Interessen der USA. In dem „Program for Another American Century“ der Bush-Eliten von 1999 war der springende Punkt: Nie wieder eine 2. Supermacht hochkommen lassen (also China, nur noch in zweiter Linie Russland). Dieses Ziel wiederum sollte mittels NMD absolut festgeklopft werden (National Missile Defense, alias „Raketenzaun“, „Raketenschirm“ usw., Nachfolger von Reagans SDI oder „Star Wars“), womit die USA die nukle-

are Erstschlagskapazität zurückgewinnen wollen. Jedes Kind kann es verstehen: Wenn es einen funktionierenden „Raketenschirm“ gibt, der um China (und/oder Russland) herum aufgebaut ist, dann können die USA endlich wieder mit dem Erstschlag drohen, was ihnen unendliche Erpressungsmacht gibt – denn: USA führen Erstschlag, Gegner will Zweitschlag führen – den aber der „Zaun“ abfängt. Bush begann mit dem Aufbau: in Alaska, Kalifornien, Grönland, Qatar, Türkei, Japan, Australien. In Europa schloss er gerade noch am 20.8.2008 einen entsprechenden Vertrag mit Polen. In Tschechien gab es eine starke Volksbewegung dagegen. Rumänien erklärte sich bereit. Dann kam Obama und vertagte die Stationierung in Europa bis auf weiteres (u.a. wegen der Proteste Russlands). Er ersetzte sie durch einen beweglichen, seegestützten Raketenzaun – unter anderem im Schwarzen Meer!

Sicher ist NMD bloß die Spitze eines riesigen militärischen Eisbergs, für dessen Auf- und Ausbau eine bedingungslos „prowestliche“ Ukraine ein unschätzbare Gewinn wäre, wozu allerdings unbedingt auch die Kontrolle über die Ostgrenze und die Krim zählt.

Drittens also stehen wir dennoch wieder vor einem Rätsel. Aus dem medialen Nebel ergibt sich nur: Der „Westen“ (geführt von den USA) will einen neuen (mindestens) Eiskalten Krieg gegen Russland – um Putin zu stürzen und einen neuen („prowestlichen“) Jelzin einzusetzen? Es ist nicht anzunehmen, dass unsere eskalationsgeile mediopolitische Klasse viel mehr Durchblick hat als das Volk. Umso ekliger, ja, schreibetischätiger ist ihr wildes „Engagement“ in den Nebel hinein – ohne Hintergrundinformationen, ohne Beweise über „russische Untaten“, allerdings mit allen Beweisen über Swobodas Richtung ausgestattet, dreht sie tagtäglich mit an der Eskalationsschraube. Genauso wie ihre Vorgänger von vor 100 Jahren.

Jürgen Link, Prof. em. Literaturwissenschaft und Diskurstheorie in Dortmund. Lebt in Hattingen. Herausgeber der Zeitschrift „kultuRRRevolution“ (im Klartextverlag Essen). Seine beiden letzten Bücher: „Bangemachen gilt nicht. Auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee“ (Oberhausen 2008) und „Normale Krise? Normalismus und die Krise der Gegenwart“ (Konstanz 2013). Sein Blog: „Bangemachen gilt nicht“.

Lesetipps

Peter Strutynski (Hg.)

Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen
216 S., Neue kleine Bibliothek 201, PapyRossa Verlag

Jürgen Grässlin

Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient.
Heyne Taschenbuch, 2014

Paul B. Kleiser

„Debatten über den Ersten Weltkrieg“

in: „emanzipation – zeitschrift für sozialistische theorie und praxis“, Hrsg. Jakob Moneta Stiftung Frankfurt a.M., Vertrieb SoZ Köln Sommer 2014.

Peter Strege

Wir (be)kriegten Frieden

Das lamm meine emali anschrift cannot find out
 busverliebt und zeilenverunsichert
 eingleichen mit dem was mich verletzt
 ich kann nicht teilnehmen
 das, was ihr redet, redend denkt, ist nicht's MEINE
 wo ich doch suche
 und ihr gefunden habt
 bastanalaband: eine immunschwächende Unverstreäfflichkeit
 Gannssso blauegügel, sinnverwendtschaftlich fremd
 usurprüselnd, kotznieambuhl, bleischwanger, gärig!

Basnarach, eine kleine Stadt mit Golfrasenarkaden und:
 der mit der rechten Hand ans Kreuz geschlagenen Liebesverstümmelung
 ach!!! da liegen sie und scharenweise kommend
 daher und gezogenen Schwertes Wort: taumelnd SIEG
 und weinen weiße Siegestränen
 von wegen schlechtem Schlaf und alpigem Traum
 sirren, surren, kurzer Pfiff
 scharfe Zunge, die gespalten und jedes Kleeblatt
 zweimal im knappsten Schinkenbeutel
 Atoll mal 2, Aougenweide und frisch geschorene Gier
 machen dass die Hände wachsen und driggertaugen

aaronshoopen schimmelhengstlich, eines Leu würdig!
 Gräber schaufeln mit kleinem Bagger
 versteckene sich beim Joystickabend
 und laben ein gutes WIR
 astrahan, castrop und die wiede dreizehn.
 Gehorsames widersgespenst eine Lied-an-Ei-Botschaft!
 Du sollst und darfst müssen, brauchst nicht und kannst:
 wenn du wollen solltest oder nicht denken, hören, fühlen
 Nee, sogeht's nicht! Wer nicht die Gefahr kennt soll spüren.
 Usurprüselnd, kotzniambul, bleischwanger, über 38 prozent!
 Kerzenlicht an buddel de rouge,
 „bei der nächsten Möglichkeit bitte wenden!“

Grenzkontrollen, Pflasterstrände, Gesinnungsmuff
 diero rutschumpeliges Gedärm, ausgewaidet und stinkt dahin.
 Eine seltene Lockung, goldener Apfelschuss und sankt Monte Carl,
 die Lisa ist Schuld
 Wer ohne Wasser, sollte sich des Weines hingeben
 und nicht auf Rache warten, die kommt, weils brummt
 und Fidelbass Takt und dich und mich geschlagen hat
 gestrig lärmend Tralala alledie fliegen lassen können,
 sind schon geworfen und abgestürzt
 Eient Wonne, widersinniges Erfreuungsgebet, kalmückisch
 Isch habb mir uff de Kellerdrepp en krobbe Milch zum dickwerrn hie gestellt!

„Wilhelm II. war, wie jeder König von Preußen, summus episcopus der preußischen Landeskirche. Evangelischer Oberkirchenrat, Konsistorium, Superintendenten, ja alle simplen Pastoren fühlten sich, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, dem ‚Allerhöchsten Herrn‘ genau so zum Gehorsam verpflichtet wie dem ‚Höchsten‘. Und da bei Konflikten zwischen beiden die Befehle des summus episcopus aus größerer Nähe kamen und unmissverständlich waren, so war ihre Befolgung besonders zweckmäßig und darum besonders wahrscheinlich.“

Als der Oberste Kirchenherr Oberster Kriegsherr geworden war, da schwenkten die Pastoren seiner Landeskirche ein wie die Unteroffiziere. Sie waren nach dem Gesetz nicht zum Dienst mit der Waffe verpflichtet. Das war den heldenmütigsten unter ihnen peinlich. Ein Mal petitionierten die Superintendenten des Rheinlandes, ein ander Mal 160 Berliner Pastoren um Aufhebung dieses Privilegs, das sie als privilegium odiosum empfanden. Aber Wilhelm II. ließ sie abblitzen, sie hätten genug mit der Seelsorge zu tun. ...“

„Am schlimmsten brach der furor bellicosus protestanticus aus, als im Sommer 1917 die Möglichkeit des Friedens zu winken schien. Der Reichstag hatte die Friedensresolution angenommen. Darauf erklärte der Divisionspfarrer Krüggel in einer ‚vaterländischen Kundgebung‘ zu Duisburg, man habe an der Front bedauert, daß die Prügelstrafe nicht mehr bestünde!“

„Noch einmal tobten die evangelischen Geistlichen los, als Ende September 1918 sogar die Oberste Heeresleitung die Notwendigkeit eines sofortigen Abbruchs des Krieges eingesehen hatte. Da schrie etwa, am 12. Oktober 1918 in der ‚Essener Allgemeinen Zeitung‘, der Lizentiat Johannsen in die Welt hinaus: „Wir wollen hier im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, hier in der Waffenschmiede Deutschlands das Feuer, das noch in hunderttausenden von Männer- und Frauenherzen brennt, aufs neue zu heller Flamme emporlodern lassen.“

So haben die protestantischen Theologen mit ihrem Kriegswahnsinn wirklich vom ersten bis zum letzten Tag durchgehalten. Besser als die Oberste Heeresleitung selbst. Nur ganz wenige blieben vernünftig oder wurden zum mindesten im Lauf des Krieges wieder vernünftig. ... Die evangelischen Landeskirchen waren eine Kriegswüste geworden – und sind es nach dem Krieg geblieben, wie man leider hinzufügen muß. Man spricht zwar nicht mehr von dem ‚deutschen‘ Gott, da er zu schmäglich das während des ganzen Krieges in ihn gesetzte Vertrauen getäuscht hat. Aber man weiht munter Sonntag für Sonntag die Fahnen der Stahlhelmer und der Werwölfe und anderer Kriegsfanatiker ein.

Die evangelische Kirche Deutschlands scheint wirklich in puncto Pazifismus eine hoffnungslose Sache zu sein.“

aus: Hellmut von Gerlach, Erinnerungen an die Große Zeit. VI. Die Kriegstheologen, in: Die Weltbühne XXI. Jahrgang (1925), 2. Band, S.488ff

Johannes Weissinger

Borsigplatz, Hoesch und Lutherkirche

Friedensstimmen aus Dortmund vor und nach dem Ersten Weltkrieg

Der Borsigplatz, Heimat- und bis heute Jubelort des BVB 09, liegt im damaligen Lutherbezirk der Dortmunder Reinoldigemeinde, dessen rund 7.000 Gemeindeglieder, soweit sie Männer waren, zum größten Teil im Bergbau und bei Hoesch arbeiteten. Aus dem Lutherbezirk kamen für die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg ungewöhnliche protestantische Friedensstimmen.

In dem Lexikon „Religion in Geschichte und Gegenwart“ fordert der Dortmunder Pfarrer Hermann Goetz für die „in unserer Zeit noch vielfach verkannte und missachtete“ Friedensbewegung „zum mindesten gerechte Beurteilung“ (RGG, Bd.2, 1. Auflage 1910, Artikel „Friedensbewegung“). Um die Friedensbewegung gerecht beurteilen zu können, muss man ihre Grundgedanken kennen, also wissen, dass es ihr darum geht, die Beziehungen der Staaten zueinander „aus der Sphäre der Gewalt zu erheben und auf den Boden des Rechtes zu stellen“.

In dieselbe Richtung zielt ein Friedensaufruf, den im April 1913 „angesichts neuer und beispielloser Kriegsrüstungen“ – gemeint ist die neueste Heeresvorlage, die eine deutliche Aufrüstung Deutschlands darstellt – fünf Pfarrer und ein theologischer Hochschullehrer an ihre Kollegen richten mit der dringenden Bitte, „es als einen wichtigen Teil ihrer Mission anzusehen, ... die Bruderschaft aller Menschen und Völker zu verkündigen“. Als Ausweg aus dem Dilemma des durch das Wettrüsten erzeugten „Krieges ohne Ende“ sehen sie die „Verständigung der Völker über eine Rechtsgemeinschaft, die das Unrecht des Krieges durch den Rechtsanspruch ersetzt und den Völkern die Ethik zumutet, die zwischen den Einzelmenschen selbstverständlich ist.“ Von den rund 4.000 angeschriebenen „werte(n) Herren und Amtsgenossen“ unterzeichnet nur jeder Zehnte diesen Aufruf; in Westfalen sind es sogar nur drei, die zustimmen: Goetz Dortmund, Kopp Münster, Solle Dortmund. (Ein vierter Unterzeichner, Hans Tribukait, ab November 1918 in Dortmund, ist 1913 Pfarrer in Tilsit.)

Ab Mai 1916 bekommt Goetz Unterstützung. Sein Kollege im Lutherbezirk wird der 30jährige Lehrer und Pfarrer Otto Roth, der zuletzt als Personalleiter eines Großbetriebes der sächsischen Papierindustrie gearbeitet und 1915/16 Kriegsdienst im 2. sächsischen Jägerbataillon geleistet hatte.

Überregional von Bedeutung ist Otto Roths Engagement in der „Christlichen Internationalen“ bzw. dem Internationalen Versöhnungsbund, die sich gründen bei der Konferenz in Bilthoven (NL), die vom 4. bis 11. Oktober 1919 stattfindet. Otto Roth besucht diese Konferenz zusammen mit Friedrich Siegmund-Schultze und berichtet in der von diesem herausgegebenen Zeitschrift „Die Eiche“. Von einem dreifachen Erleben schreibt Roth, das die Teilnehmer dieser Konferenz bewegte – es wird auch sein eigenes gewesen sein: von dem „Gefühl der gemeinsamen Scham über die Sünden der Einzelnen wie der Völker“, von der „Genugtuung darüber, dass wir mit unseren Anschauungen nicht mehr allein standen“, von

der „Freude über die erste Anbahnung einer wahren Versöhnung“.

Im Juli 1920 trifft man sich zu einer zweiten Konferenz in Bilthoven, diesmal schon mit etwas mehr Teilnehmern aus Deutschland – im Bericht Otto Roths wird auch „ein landeskirchlicher Pfarrer aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ genannt. Die Teilnehmer sprechen in einer gemeinsamen Botschaft von ihrem „feierlichen Gelübde, niemals mehr Waffen gegen unsere Brüder zu tragen oder uns im Kriegshandwerk auszubilden“, von dem Willen Gottes, die jetzige wirtschaftliche Unordnung des privatkapitalistischen Systems durch eine neue Ordnung zu ersetzen, „welche alle produktiven Kräfte in den Dienst der einfachen wirklichen Lebensbedürfnisse der gesamten Menschheit stellt“, von der Erziehung der Kinder „zu nichts anderem als zu Menschen, freien, gerechten, wahrhaftigen, frohen und mutigen Menschen“. „Wehe uns, wenn wir in die Gedanken und die Gefühle der Kinder den alten Geist der Feindschaft und der Lüge, des Übermuts und der Eitelkeit einpflanzen“.

Diese hehren pädagogischen Ziele werden auf der dritten Konferenz, die 1922 im niederösterreichischen Sonntagsberg stattfand, konkretisiert. Eine durchgreifende Reform des im Allgemeinen viel zu nationalistischen Geschichtsunterrichts wird gefordert, ebenso die Schaffung einer internationalen Bücherei, die Errichtung von internationalen Ferienheimen für Kinder, von internationalen Studentenheimen und einer internationalen Arbeitsvermittlung. Ein freiwilliger internationaler Zivildienst soll an die Stelle des Militärdienstes treten dürfen, wie es in Dänemark, Norwegen und Schweden schon möglich ist.

Otto Roth blieb in Dortmund bis März 1923. Der weitere Lebensweg führte ihn an mehrere Orte in verschiedenen Ländern, in denen er als Lehrer, Übersetzer und Pfarrer arbeitet. Von den Nationalsozialisten wird er Ende 1933 wegen seiner pazifistischen Einstellung aus dem Schuldienst und 1940 nach siebenmonatiger Gestapohaft – die Folge seiner Kritik an Hitlers Imperialismus und Judenverfolgung – auch aus dem Kirchendienst entlassen. 1946 wird er in der entstehenden DDR wegen politischer Unzuverlässigkeit als Direktor einer Berufsschule abberufen, nach dem Tod seiner Frau 1953 kehrt Otto Roth nach Dortmund zurück, sucht vergeblich Arbeit (u.a. als Pförtner bei Hoesch) und wechselt 1962 in die Schweiz, wo er in verschiedenen Gemeinden als Pfarrverweser arbeitete.

Johannes Weissinger, Bad Berleburg, Pfarrer i.R., Vorsitzender der EAK Westfalen (Ev. Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden).

Die Ev. Kirche in Deutschland hat jetzt den ersten hauptamtlichen Militärbischof. Er heißt Sigurd Rink und er meint, dass Krieg manchmal leider ausnahmsweise doch sein muss und die Denkschrift der EKD von 2007 solle geprüft werden, ob Positionen „nachjustiert“ werden müssten.

Wolfgang Dominik

Demilitarisierung und Remilitarisierung der Berufsbildungsmesse

„Mehr Verantwortung in der Welt übernehmen!“

Gauk, von der Leyen, Steinmeier sind nur die bekanntesten Repräsentanten eines Staates, der global noch intensiver an den ökonomischen Filetstücken beteiligt sein will. Krieg als Fortsetzung der Ökonomie (Tucholsky) wird da und dort nötig sein.

Seit einem Jahr schwappt eine neue Militarisierungswelle übers Land.

Seitdem die Wehrpflicht ausgesetzt ist, müssen jährlich weit über 20.000 junge Frauen und Männer von der Bundeswehr angeworben werden. Noch aktiver als je zuvor betreibt die Bundeswehr, wo sie nur kann, Werben fürs Sterben.

Töten und getötet werden als normaler Beruf

Die jährliche Berufsbildungsmesse für die Städte Bochum, Witten, Herne und Hattingen bringt in zwei Tagen ca. 15.000 junge Leute im Alter von 15 – 20 Jahren zu den Angeboten von Arbeitgebern in die Hallen des Ruhr-Congress. Da darf die Bundeswehr nicht fehlen: Vor drei Jahren konnten TeilnehmerInnen des Bochumer Friedensplenums unbemerkt in die Hallen kommen, durften dann sogar direkt neben der Bundeswehr bleiben und konnten Info-Material verteilen. Die



Bundeswehr „klärte“ mit vielen bunten Bilderbüchern über die segensreiche Tätigkeit deutscher SoldatInnen in aller Welt „auf“. Viele der Jugendlichen waren keine 18. Werben fürs Sterben ist verboten. Aber das

kümmerte nicht das Bochumer Jugendamt als Veranstalter. Im Jahr 2012 ging „man“ dann schon z.T. gewaltsam mit den Protestanten gegen die Bundeswehr vor. Es kam zu vielen Hausverboten. 2014 schien die Berufsbildungsmesse aber entmilitarisiert. Wegen einer Anzeige in der „BRAVO“ für Abenteuercamps der Bundeswehr, Zielgruppe auf jeden Fall nicht erwachsene Menschen, wurde beschlossen, die Bundeswehr nicht einzuladen.

Beihilfe zum Töten wird als ziviler Beruf getarnt

Als die CDU in Bochum das zu hören bekam, stellte sie einen Dringlichkeitsantrag: Die SPD-Oberbürgermeisterin Bochums müsse dafür sorgen, dass die Bundeswehr selbstverständlich eingeladen wird. Nun entdeckten auch SPD und Grüne ihr Herz für die Bundeswehr. Bis auf einen Grünen-Abgeordneten stimmte „man“ im Rat gegen Die Linke und die Soziale Liste für die Bundeswehr. Sie dürfe aber nur für „zivile“ Berufe innerhalb der Bundeswehr werben!

Ein Offener Brief der Vorsitzenden des DGB Ruhr-Mark, der GEW Bochum, VertreterInnen von terre des hommes,

VVN-BdA Bochum, Friedensplenum und der DFG/VK Bochum/Herne an die Oberbürgermeisterin, sich nicht dem Druck der CDU zu beugen, blieb unbeantwortet. Auch die Bochumer „Qualitätsmedien“ veröffentlichten sonderbarerweise den Brief nicht. Erst nach einer Mahnung ca. 6 Wochen später wurden die Unterzeichner des Briefes von heute auf morgen ins Rathaus eingeladen. Dort wurde ihnen klar gemacht, dass



diesmal noch mehr Security-Personal auf „Störer“ bei der Messe aufpassen wird. Die Bundeswehr würde auch nur ihre „zivilen“ Berufe anbieten.

Kritik am Werben fürs Sterben ist verboten!

Und tatsächlich: Die Transparente „Kein Werben fürs Sterben“ konnten während der Messe erst gar nicht entrollt werden. Das Sicherheitspersonal griff rabiat zu. Die Protestanten und weitere Flugblattverteiler bekamen sofort Hausverbot, die Fraktion der Partei Die Linke im Stadtparlament, in T-Shirts mit dem Aufdruck „Kein Werben fürs Sterben“ erschienen, bekam wegen ihrer T-Shirts sofort Hausverbot. Flugblätter, die den SchülerInnen vor der Halle gegeben wurden, wurden in Leibesvisitationen ähnlichen Aktionen von der Security beim Betreten der Halle konfisziert. BundeswehrsoldatInnen machten in schicken Uniformen vor einer großen Stellwand mit Fotos von schwer bewaffneten Soldaten in Kampfuniformen ihre Propaganda für angeblich „zivile“ Berufe, gelegentliche Auslandseinsätze seien schon möglich.

Der WDR kommentierte abends sarkastisch in der Lokalzeit, dass den SchülerInnen ein tolles Beispiel in Sachen Demokratie geliefert worden sei.

2014, Anfang September, wird die Bundeswehr wieder bei der Berufsbildungsmesse sein. Die Bochumer Friedensbewegung will wieder einen konstruktiven Beitrag zum Thema „Kein Werben fürs Sterben“ leisten.

Wolfgang Dominik, Jg. 1944, ehemals Lehrer für Geschichte, Soziologie, Psychologie, Religionskritik, Mitglied der DFG-VK, VVN-BdA, GEW, seit „ewigen“ Zeiten auch aktiv im Friedensplenum Bochum

Quellen, Dokumente, Bilder, Filme zur Berufsbildungsmesse 2013:
www.bo-alternativ.de/2013/07/20/militarisierung-der-berufsbildungsmesse/
www.bo-alternativ.de/2013/10/09/hausverbote-fuer-die-friedensbewegung/
www.bo-alternativ.de/2013/10/09/es-gibt-keine-zivilen-berufe-beim-milita-er/
www.bo-alternativ.de/2013/10/09/fotos-krieg-beginnt-hier/
www.bo-alternativ.de/2013/10/10/rohrkrepiere-ii/
www.bo-alternativ.de/2013/10/10/rohrkrepiere-i/
 - ... und zum Bochumer Heldengedenktag, der alljährlich in Bochum unter dem verschleiern Namen „Volkstrauertag“ mit der Bundeswehr gefeiert wird:
www.bo-alternativ.de/2013/11/17/bananen-fuer-die-bundeswehr/
www.bo-alternativ.de/2013/11/17/soldaten-sind-taeter-2/



**ÜBERALL
IM GUTEN
BUCHHANDEL
ERHÄLTlich**

THEO GRÜTTER
WALTER HAUSER (HG.)



1914 – Mitten in Europa

Die Rhein-Ruhr-Region und der Erste Weltkrieg

Die Kriegsmaschinerie des Ersten Weltkriegs produzierte Tod und Zerstörung in bis dahin unvorstellbarem Ausmaß. Er schlug wie ein Meteorit in die prosperierende und durch Fortschrittsoptimismus geprägte Gesellschaft der Belle Epoque ein – obwohl diese vermeintlich heile Welt auch durch eine hochgradige Militarisierung und fast allgemeine Akzeptanz des Krieges als Mittel der Machtpolitik geprägt war. Zudem hatte die Industrialisierung neue Formen von Gewalterfahrung hervorgebracht: strukturell in der machtpolitischen Überformung der Klassenkonflikte und konkret durch die harte Industriearbeit in den Zechen und Stahlwerken.

Die Bilder und Texte des Buches machen deutlich, dass der 1914 beginnende und die gesamte Gesellschaft ergreifende industrialisierte Krieg als das »andere« Gesicht der modernen Industriegesellschaft verstanden werden kann. 1914, das Jahr des Kriegsausbruchs, ist in der Perspektive des Buches nicht einfach nur das abrupte Ende einer Epoche, sondern der historische Moment, der einer Entwicklung eine neue Wendung verleiht. Das Buch richtet das Augenmerk daher nicht nur auf die Schlachtfelder im Westen, sondern vor allem auf die »Heimatfront«: auf das Leben vor dem, im und nach dem Krieg an Rhein und Ruhr, einer Region, in der mit Ruhrkampf, Separatistenbewegung und Ruhrbesetzung die Gewalt noch weit über 1918 hinaus an der Tagesordnung bleiben sollte.

→ 342 Seiten, zahlr. farb. Abb., Hardcover, 29,95 Euro, ISBN: 978-3-8375-1147-5

Wolfgang Dominik

Die versuchte Remilitarisierung des Springer-Platzes in Bochum

Zu Gottes Weltordnung gehört der Krieg

„Der Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. Ohne Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen.“ Dieser Glaubenssatz des preußischen Generalstabschefs Helmuth von Moltke d.Ä. wurde im kaiserlich-protestantischen Deutschland tausendfach nachgebetet. Der Militärgeschichtler Wolfram Wette macht Moltke d.Ä. mitverantwortlich für die ideologische Mobilisierung für die Schlachtereier im 1. Weltkrieg. Dass die Waffen von den Kirchen für den Krieg „als Gottesgericht“ gesegnet wurden, war selbstverständlich, „Von diesem religiös begründeten aggressiven Militarismus des 19. Jahrhunderts führt eine gerade Linie zum Griff nach der Weltmacht mit Abermillionen Toten im Ersten Weltkrieg und 20 Jahre später in die abgrundtiefe deutsche Barbarei im Zweiten Weltkrieg,“ schrieb das Friedensplenum Bochum Anfang 2014 an die Oberbürgermeisterin Dr. Scholz (SPD). Sie und der Rat der Stadt sollten der Revitalisierung Moltkes durch ein oder zwei Geschäftsleute in Bochum Einhalt gebieten.

Die Vorgeschichte

In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden am Bochumer Verein, bald eine der wichtigsten Waffenschmieden im 1. und 2. Weltkrieg, die Arbeiterviertel Stahlhausen und Griesenbruch. Ein zentraler Platz wurde Moltke-Markt benannt. Damit wurde einer der Sieger im deutsch-französischen Krieg und verantwortlich für andere Angriffskriege mit zigtausenden Toten, Verkrüppelten und unendlichem Leid für die Angehörigen geehrt.

Der Platz wird zum Springer-Platz ...

1947 beschlossen die Stadtmütter und -väter, die Namen von drei Bochumer Plätzen im Sinne eines antifaschistischen friedlichen Neubeginns zu ändern. Der Platz der SA, bis 1938 Kaiser-Friedrich-Platz, der Wilhelm-Platz und eben der Moltke-Markt wurden umbenannt nach ermordeten antifaschistischen Bochumer Widerstandskämpfern: Imbusch-Platz, Husmann-Platz, Springer-Platz. Der Moltke-Markt erhielt den Namen des in einem Bochumer Polizeigefängnis ermordeten kommunistischen Antifaschisten Karl Springer. Die VVN-BdA Bochum sorgte 2013 für einen Stolperstein vor dem ehemaligen Wohnhaus Springers.

... und wegen eines Opas wieder zum Moltkemarkt

Zwei oder drei Bochumer Unternehmer eröffneten im Herbst 2013 auf dem Springer-Platz einen Delikatessen-Feierabendmarkt. Einer von ihnen, Herwig Niggemann, erzählte mir, dass sein Großvater einst am Moltke-Markt gewohnt hat, deswegen benannte er den Delikatessen-Abendmarkt nach

Moltke, angeblich ohne sonstige Hintergedanken. Die unterstellt ihm das Friedensplenum auch gar nicht!

Diese Hintergedanken machte sich aber sofort das Friedensplenum. Aktionen auf dem Niggemannschen Moltke-Markt, vor allem das Verteilen von Flugblättern, in denen über Moltke aufgeklärt wurde, führten zu angeregten Diskussionen mit den Marktbesuchern und Händlern. Sehr viele waren mit dem Friedensplenum der Meinung, dass der Markt den Namen Moltke keineswegs bräuchte, um zu florieren. Gegen einen Feierabendmarkt hat das Friedensplenum nichts einzuwenden.

Während alle Welt Diskurse um die Voraussetzungen zweier von Deutschland begonnenen Weltkriege führt, bringt Niggemann einen wichtigen militärisch und ideologisch Mitverantwortlichen für zwei Weltkriege wieder „auf den Markt“, objektiv ein Baustein im geschichts- und militärpolitischen Revisionismus.



„Beratung“ im Beschwerdeausschuss

Im Beschwerdeausschuss der Stadt wurde der Antrag des Friedensplenums „beraten“. Nachdem ich das Anliegen des Friedensplenums und genauere Begründungen (Redezeit max. 5 Minuten!) vorgetragen hatte, wurde die Verwaltung um ihre Stellungnahme gebeten. Diese Stellungnahme war schon zwei Tage vorher beim Friedensplenum eingetroffen: Ablehnung! Ein Antrag der Fraktion „Die Linke“, doch zumindest mit Herrn Niggemann mit dem Ziel einer Namensänderung Kontakt aufzunehmen, wurde abgelehnt, obwohl der Ausschuss darauf hingewiesen wurde, dass sich Niggemann in Gesprächen mit VertreterInnen des Friedensplenums bereit erklärt hatte, sich einer Mehrheitsentscheidung des Rates nicht zu verschließen. Nach insgesamt 10 Minuten stimmte eine GroKo gegen Die Linke, die Grünen und die UWG für die Ablehnung. Übrigens: Niggemann rühmt sich bester Kontakte auch zu hochrangigen SPD-VertreterInnen. Liegt das vielleicht an angeblich sehr großzügigen Spenden, die er für kulturelle Zwecke in der klammen Stadt leistet?

Bochum – einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Dr. Hubert Schneider von der Ruhr-Uni Bochum schrieb im Februar 2014, dass dieser Bochumer Vorgang einmalig in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist. Nirgendwo werden Namen wieder eingeführt, die nach zwei Weltkriegen endgültig nicht mehr zum Stadtbild gehören dürfen. „Die politische Gedenkkultur gebietet es, dass der Springerplatz der Springerplatz bleibt. Er darf nicht – auch nicht zum Teil oder zeitweise zur Marktzeit – Moltkemarkt werden.“

Wolfgang Dominik, s. S. 16

(Die gesamte Entwicklung ist dokumentiert auf www.bo-alternativ.de, die hier genannten Dokumente unter dem 5.4., 6.4., 7.4., 8.4., 9.4., 10.4., 25.4. 2014 u.ö.)

Marianne Bosshard

Die Menschheit – eine Mörderbande?

„Wir leben in schrecklichen Krisen- und Kriegszeiten ... Ist der Mensch von Natur aus zerstörerisch und will nicht friedlich sein?“ Seitdem AMOS mich als Psychoanalytikerin das fragte, bin ich unruhig, bedrückt und verwirrt. Die Bilder von den rauen, maskierten Männern in Camouflage mit Gewehr und Zigaretten in der Hand und die von den schreienden, verletzten Säuglingen und den ängstlichen Kindern vor zerstörten Häusern machen mich wahnsinnig. Es gibt so vernünftige Lösungen: Anerkennung der Rechte der Minderheiten, Ende aller Waffenlieferungen, Räumung der Siedlungen, Öffnen der Grenzen, Entwaffnung der Beteiligten und ein Staat, in dem alle ihr Leben führen können!

Vor 100 Jahren quälte sich auch S. Freud mit den Fragen nach Krieg und Frieden. 1915 schrieb er den bewegenden Aufsatz „Zeitgemäßes über Krieg und Tod“. 1916 erschien „Trauer und Melancholie“. 1932, als 76-Jähriger, schrieb er „Warum Krieg?“ als Antwort auf eine Anfrage des „militanten Pazifisten“ Albert Einstein, der, angeregt durch den Völkerbund, sich Erkenntnisse über die „mächtigen psychologischen Kräfte“ erhoffte, die das friedliche Zusammenleben der Völker paralisieren.

Zu den „mächtigen psychologischen Kräften“ hat Freud einiges zu sagen, im Hinblick auf Präventionsmethoden ist er skeptisch: Ja, eine funktionierende, durch Gemeinschaftsgefühl und Ideen zusammengehaltene Völkergemeinschaft wäre das Beste, mit einer zentralen Organisation, der Macht übergeben wird, damit sie für Recht und Gesetz sorgen kann. Aber was, wenn sich innerhalb des Bundes Untergruppen bilden und Ungleichheiten zu Auseinandersetzungen führen, wenn die Massen verhetzt und verführt werden? Freud könnte sich zur Lenkung der Massen eine von Vernunft beseelte Oberschicht vorstellen, die unbestechlich und wahrhaftig ist und sich nicht einschüchtern lässt. Am besten wäre eine Gemeinschaft von Menschen, die „ihr Triebleben der Diktatur der Vernunft unterworfen“ hat. Aus Liebe und Hass müssten „soziale Triebe“ werden. Aber das ist, so Freud, eine utopische Hoffnung. Und doch, es gibt Pazifisten, so wie Einstein und ihn selbst! Und er fragt: „Warum empören wir uns so?“ Er hat eine verblüffende Antwort: „Ich glaube ... dass wir nicht anders können“, und zwar aus „organischen Gründen“, infolge des Prozesses der Kulturentwicklung, der das Beste ist, was wir haben und der der Vernunft die Oberhand gab. Auf diesen Prozess setzt Freud seine ganze Hoffnung, denn sonst bleibt die Geschichte der Völker eine Geschichte von Kriegen und einer unendlich langen Generationenreihe von Mördern. Mörderisches, Eigennutz, Brutalität und Grausamkeit gehören seit Anbeginn zur Grundausstattung des Menschen. Natürlich hat der Urmensch seinen Feind oder den Fremden, den Störenfried, ohne Hemmungen niedergemacht. Sein eigener Tod dagegen war ihm – ebenso wie uns Heutigen – nicht vorstellbar. Aber neben der Leiche eines geliebten Menschen – und die Liebe ist ja nicht jünger als der Hass – erlebte unser Vorfahre, wie ein Stück von ihm selbst starb; ein anderer Teil des geliebten Toten aber blieb fremd und wurde

mit Feindseligkeit bedacht. An der Leiche des erschlagenen Feindes triumphierte schon der Urmensch, an der Leiche des Geliebten erlebte er Liebe und Hass und begann zu denken. Im Laufe der Kulturentwicklung wurden die zerstörerischen Triebe auf vielerlei Weise mit den lebenserhaltenden Trieben gemischt oder irgendwie nutzbar gemacht oder durch äußere und innere Gesetze eingeschränkt. Aber am immer noch so strengen Gebot „Du sollst nicht töten“ erkennen wir gut, wie stark die Mordlust war und bis heute geblieben ist. Das Primitive ist unvergänglich. Wir erleben es jede Nacht im Traum, gegenwärtig auch jeden Tag in den Nachrichten. Es kommt im Einzelnen wieder an die Oberfläche, sowie die Gemeinschaft, der Staat, das Morden befiehlt. Dann wird schnell die bisher gültige „rote Linie“ überschritten. Wir werden zu Helden, die Fremden werden zu Feinden und wir lassen den Tod geliebter Menschen zu oder ertragen ihn tapfer.

So viel zu den mächtigen Kräften. Ich habe sie in den vergangenen Wochen oft in mir selbst gespürt. Auf dieser AMOS-Seite war nun kein Raum, etwas zum von Freud selbst als „Mythos“ bezeichneten Todestrieb zu sagen, darüber nachzudenken, ob er beim offensichtlichen Dehumanisierungsprozess in den Tätern selbst und bei ihrem Umgang mit den Opfern wirksam ist. Ich kann hier nicht erforschen, welche psychischen Mächte bei der Erfindung, der Produktion, dem Verkauf und dem Kauf von Waffen am Werk sind, welche Interessen die Großmächte haben und was in der Psyche der Männer und Frauen vorgeht, die an ihrer Spitze stehen. Aber Recht hat Freud, wenn er sagt, dass es ohne die Macht und das Diktat der Vernunft und ohne Kulturentwicklung im beschriebenen Sinne keinen Frieden geben wird. Und Letztere ist ohne einen Trauerprozess und die Verarbeitung von Schuld nicht möglich. Tröstlich ist, dass, trotz allem, die leise Stimme der Vernunft zu hören ist.

Marianne Bosshard, Psychoanalytikerin in Oberhausen.

Literatur dazu:

- Freud, S. (1915): *Zeitgemäßes über Krieg und Tod*.
GW, Bd.X. Frankfurt a.M.
Freud, S. (1916): *Trauer und Melancholie*.
ebd.
Freud, S. (1933): *Warum Krieg?*
GW, Bd. XVI, Frankfurt M.

Glückwunsch

Uri Avnery, israelischer Journalist, Autor, Friedensaktivist (geboren in Beckum/Westfalen), ist am 10. September 2014 einundneunzig Jahre alt geworden und immer weiter am Kämpfen – schriftlich mit Schärfe und Witz in seinen jederzeit lesenswerten Kolumnen (www.uri-avnery.de) und gewaltlos beharrlich praktisch mit israelischen und palästinensischen Friedensleuten „vor Ort“.
Mit vielen anderen weltweit freuen wir uns darüber – und gratulieren herzlich! AMOS

Johanna Fleischhauer

Afrika – schon heute ein Schlachtfeld der Zukunft

ZWURF

„Das solltest du wissen“ – so wies mich eine afrikanische Freundin auf den Bericht des investigativen US-Journalisten und Historikers Turse hin: www.zcommunications.org/The_pivot-to-Africa-by-nick-turse.html. Dieser hat Informationen über rasch wachsende militärische Aktivitäten der USA in Afrika gesammelt: Zu 49 der 54 afrikanischen Staaten fand er bis 2013 entsprechende Fakten, darunter Luftwaffenstützpunkte für Spezial-Eingreiftruppen in Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik, der DR Kongo, Uganda und Burkina Faso, Luftlandeplätze in mindestens zwölf Staaten rund um die Sahara, logistische Abkommen mit 29 Staaten, um Flughäfen für Zwischenstopps zu nutzen, Häfen in Ghana und Senegal, Öl- und Gaslager in mindestens acht Staaten sowie Drohnen-Abschussbasen u.a. in Niger, Äthiopien und Kenia. In Kairo und zwei kenianischen Orten liegen medizinische Forschungsstätten der US-Armee. Es gibt Ausbildungsprogramme für afrikanische Offiziere in den USA, Beraterverträge und Trainingskurse in zahlreichen afrikanischen Staaten. Die größte Militärbasis und die einzige, die offiziell als solche bezeichnet wird, liegt am Horn von Afrika: Camp Lemoinier in Djibouti wurde 2002 in Absprache mit Frankreich für den „Kampf gegen den Terror“ ausgebaut. Dort wartete(n) Tausende US-Soldaten, viele von ihnen unter zwanzig Jahre alt, auf ihren Einsatz in Irak und Afghanistan. Bei uns bekannt ist die Basis, die seit 2008 auch von deutscher und italienischer Kriegsmarine genutzt wird, für ihre Einsätze gegen Piraten entlang der Route für Containerschiffe zwischen Südostasien und Europa.

Das Logistik-Netzwerk erstreckt sich auch jenseits von Afrika. Nach Turses Recherchen umfasst es je eine Insel in der Karibik und im Südatlantik sowie die Souda-Bucht in Griechenland, Rota in Spanien, Stützpunkte in Deutschland und Italien. Die Marinebasis Sigonella auf Sizilien hat Personal in zahlreiche afrikanische Staaten von Tunesien bis Tansania entsandt. In Norditalien werde die Luftwaffenbasis Caserma Del Din für die US Army Africa ausgebaut. In Deutschland befinden sich die zentralen Einrichtungen des Ganzen: die technische Steuerung für Luftkriege in Afrika AOC (Air and Space Operations Centre) in Ramstein sowie AFRICOM, das seit 2007 bestehende US-Afrika-Kommando in Stuttgart-Moehringen, das jede militärische Entscheidung auf afrikanischem Gebiet trifft, also auch zu Drohneinsätzen, die dann von Ramstein aus gelenkt werden.

Während sich die Bundesregierung noch 2013 uninformiert gab, ging sie in diesem Jahr zur offenen Kooperation über. Erste Signale setzten Gauck, von der Leyen und schließlich Kanzlerin Merkel mit den Statements, Deutschland wolle mehr „Verantwortung in Afrika“ übernehmen. Im April folgte ein erstes Treffen hochrangiger Vertreter aus Verteidigungsministerium und AFRICOM, um Kooperationsfelder auszuloten und bei der „Ertüchtigung afrikanischer Streitkräfte“ zusammenzuarbeiten. Zeitgleich führten vier Schiffe der deutschen Marine ihr erstes Anti-Piraten-Manöver im Golf von Guinea, nahe dem Ölexportland Nigeria, durch. Eine

stärkere Beteiligung der Bundeswehr an Übungen in Afrika sei nach Abschluss des Afghanistaneinsatzes denkbar, zitieren die Stuttgarter Nachrichten Vertreter des Ministeriums. Die kürzliche Entscheidung, bewaffnete Drohnen anzuschaffen, passt zu dieser Kooperation.

Eine Kommission unter Ex-Verteidigungsminister Rühle bespricht seit März 2014, wie weit sich die (für militärische Logik lästige) parlamentarische Mitsprache bei Militäreinsätzen beschränken lässt, etwa im Verbund mit Frankreich, das in Afrika um seine Einflussphären kämpft. Seit fünf Jahren gab es schon über einhundert Missionen ohne Bundestagsmandat, in denen deutsche Soldaten ausbilden, den Gebrauch von Exportwaffen einüben u.ä. (taz, Mai 2014).

Das militärische Eingreifen in Konfliktgebieten wird als alternativlos dargestellt: Es gelte, Zivilisten zu schützen oder islamistische Terroristen zu bekämpfen. Kritiker warnen, dass gerade die militärischen Eingriffe zu geschwächten Staaten, mehr Leid der Zivilbevölkerung, verzweifelten Flüchtlingen und einer Radikalisierung junger Leute führen. Genau das hat die Realität in afrikanischen Konfliktgebieten wie Somalia, Libyen, Mali, Zentralafrikanische Republik bestätigt. Eingeführte Waffen und trainierte Kämpfer aus diesen Ländern destabilisieren inzwischen weitere Regionen. Die Antwort liegt – siehe oben – in der Ausweitung militärischer Potenziale.

Bei dieser bedrohlichen Entwicklung genügt es nicht mehr, auf finanziell schlecht ausgestattete Projekte zur Friedenskonsolidierung zu setzen. Die Kirchen sollten Krieg als Mittel der Außenpolitik kritisieren. Sie sollten ihre Kontakte zur Bevölkerung armer Staaten nutzen, um konstruktiven Menschen eine öffentliche Stimme zu geben, die hier von Medien und Politik ignoriert werden, aber in ihrer Gesellschaft Autorität erworben haben. So wie den mutigen Bischöfen und Imamen, die in der Zentralafrikanischen Republik zur Menschlichkeit aufriefen oder Ärzten in Mali, die in umkämpftem Gebiet aushielten und zivile Strukturen gegen Armee und Islamisten verteidigten. Es gibt viele dieser Menschen. Nichts ist gut in Afrika, wenn sie die Zukunft ihrer Länder nicht mitgestalten.

Johanna Fleischhauer, Sozial- und Politikwissenschaftlerin, forscht und schreibt zu afrikanischen Themen, speziell zu psychosozialen Langzeitfolgen von Kriegen. Sie veröffentlichte u.a. die Untersuchung „Von Krieg betroffene Kinder“ im Verlag budrich Unipress (2009) sowie den Beitrag „Kindheit und Krieg in Afrika“ in: Sozialarbeit des Südens, Bd. 3, Paolo Freire Verlag (2010).

Hinweis

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Ferien vom Krieg: Dialoge über Grenzen hinweg. Kontakte: info@ferien-vom-krieg.de, Projekt: „Ferien vom Krieg“, Arnoldshauner Str. 14, 60489 Frankfurt/M. Seit 20 Jahren bringt dieses bewundernswerte Projekt Heranwachsende aus verfeindeten Staaten/Gesellschaften im ehem. Jugoslawien, Israel/Palästina (Westbank und Gaza) zusammen – mit Nachfolgetreffern.

Sebastian Müller

Der Lack ist ab.

Das Ruhrgebiet braucht eine armutsorientierte Regionalpolitik

Es hilft nichts, sich oder anderen einen vorzumachen. Die Großindustrie, die diese Region seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ihren Stempel aufgedrückt hat, hat seit den ersten Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg versagt, ihr Zerbrechen und Zerbröseln abzuwenden. Eine historische Rückkehr von Kohle und Stahlindustrie in alter Schönheit und Hässlichkeit wird es hier nie wieder geben. Die diversen millionenschweren staatlichen Ruhrgebietsprogramme haben das nicht aufgehalten. Die Bürgermeister der Ruhrgebietsstädte haben mit ihrer Kirchtumpolitik als Bestatter funktioniert. Das Ergebnis haben Millionen von Einwohnern der Region auszubaden – die, die weg gegangen sind und die 5,1 Millionen, die bis heute im Ruhrgebiet geblieben sind. Davon zeugen die Statistiken. In den Jahren 2012/2013 war jedes dritte Kind armutsgefährdet. Die Hitliste der armutsgefährdeten Städte in Deutschland führte schon 2012 nicht eine Kommune in den neuen Bundesländern an. Nein, Dortmund mit einem Rekordniveau von 21,1 Prozent armutsgefährdeter Einwohner tat es. Die Prozente waren von 2005 bis 2011 um 30 Prozent gesprungen. Auch kaufkraftbereinigt liegt die Quote für Dortmund im August dieses Jahres auf 25,5%. Ein Viertel der Bevölkerung ist also arm und ohne tragende wirtschaftliche Betätigung. Unsere ökonomisch prekarierten Mitbewohner, und das sind ja nicht wenige, sammeln sich mittlerweile wieder in Quartieren, in denen schlechte Wohnverhältnisse mit einer 30 – 40% hohen Mietbelastung am Einkommen bezahlt werden müssen und wo die Betroffenen gesellschaftlich marginalisiert wurden und werden. Die A40 als Armutsäquator des Ruhrgebiets ist nur ein Symbol für die regionalen Fragmentierungen der Armut geworden. In den anderen Ruhrgebietskommunen sieht es nicht besser aus als in Dortmund.

Die mittlerweile unerträglichen neoliberalen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik haben in den letzten 10 Jahren wesentlich zu diesem Elend beigetragen. Wenn öffentliche Haushalte in der Bundesrepublik durch Steuervorteile für Kapital-Investoren abgegriffen werden, kommunale Haushalte durch steigende Kosten der Unterkunft unter erheblichen Druck geraten und durch exzessive Einsparmaßnahmen und Staatskommissare so gut wie an die Wand gefahren werden, dann ist nichts Großartiges mehr zu leisten. Die Städte des Ruhrgebiets können auf jeden Fall ihre öffentliche Infrastruktur nur noch entweder überteuern oder abwickeln, selbst wenn sie es anders wollten. Hier reichen öffentliche Haushalte und Kaufkraft von 5,1 Millionen Bewohnern nicht mehr aus, um dem gegenzusteuern. Dafür ist die herrschende politische Klasse der Bundesrepublik wesentlich verantwortlich.

AMOS/AKOPLAN und ihre Gäste haben das alles und mehr am 6. und 8. September in Dortmund aus Anlass der Ausstellung „ruhr-impulse“ des Regionalverbands Ruhr (RVR) diskutiert, die Ergebnisse eines Ideenwettbewerbs des RVR für Elemente einer zukünftigen Regionalentwicklung im Ruhrgebiet zeigte. Da waren viele gute Ideen dabei. Aber sie machen nur dann Sinn, wenn sich die Region von der Lebenslüge „Metropole Ruhr“ verabschiedet, die angeblich allen

Chancen bietet, und wenn sich die Region, die Wirtschaft und die politische Klasse radikal realistisch auf fehlende Wirtschafts- und Kaufkraft für große Sprünge und Leuchttürme der Planung einstellen. Tun sie das nicht, dann werden die Ansiedlung von Unternehmen, der Bau neuer Wohnungen, der Ausbau von Lebens- und Wohnqualität, das Beseitigen von Verkehrsinfarkten und die Entwicklung fortgeschrittener Urbanität im Wesentlichen dem demonstrativen Konsum der schicken Leute und den disparaten Interessen subjektivistischer Milieus folgen.

Will man die Leitplanken einer regionalen Entwicklung aus den Maßstäben der Mehrheit im Ruhrgebiet gewinnen, die vom Wunsch ehemaliger und aktueller Immigranten und normaler Arbeitnehmer/Familien/Paare/Jugendlicher nach Teilhabe an auskömmlichen Standards für den Alltag, für Kultur, Ausbildung, Sport, Mobilität und Konsum geprägt wurden und werden, dann bedeutet das Armutsbekämpfung und Gemeinwirtschaft. Das könnte aktuell noch gerade funktionieren und würde die Ruhrgebietsgesellschaft widerstandsfähiger darin machen, gegen Risiken der Armut vorzugehen.

Die Anstrengungen gegen den Klimawandel oder für solide Modernisierung großer Teile der Wohnungsbestände laufen aber ins Leere, wenn es nicht gelingt, die Kaufkraft durch Einkommenszuwächse für die gesellschaftliche Mehrheit zu steigern und den Zugang zu Mitteln aus öffentlichen Kassen und Krediten durch öffentliche Bürgschaften oder zinslose Abgabe für Ärmere und Ältere zu erleichtern. Selbst eine erkleckliche Anzahl kleiner und dispers verteilter Projekte wird nur dann neu entstehen, wenn Armutsbekämpfung als primäres Entwicklungsziel in regionalem Umfang politisch Vorrang bekommt, gesellschaftlich und politisch getragen wird und dadurch Masseneffekte ausgelöst werden. Deswegen muss auch der Regionalplan des RVR auf den Tisch und darauf geprüft werden, ob er mit seinen Festlegungen für die Fläche diesem Entwicklungsziel nachkommt.

Es ist trotz objektiver Notwendigkeit und obwohl es x Beispiele solidarischer Projekte auch im Ruhrgebiet gibt, nicht damit zu rechnen, dass es jetzt zu einer umfassenden armutsorientierten Regionalpolitik im Ruhrgebiet und dem dafür nötigen gesellschaftlichen Umdenken kommt. Das wird zu Recht von der sozialen Bewegung im Ruhrgebiet angegriffen werden. Die ungezählten bürgerschaftlichen Initiativen von Hamm bis Duisburg, die sich abgemüht haben, gegen Atomkraftwerke, Betriebsschließungen und unzumutbare Kraftwerkspläne, gegen die Vergiftung von Gärten und Wohnumgebung durch industrielle Abfallproduktion und Immissionen, gegen Privatisierung, Abriss, Verschlampung und Verteuerung sozialer Wohnungsbestände oder sinnlose neue Straßenbauprojekte vorzugehen, sie werden nicht plötzlich verstummen und aufgeben. Für den Erhalt der Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet haben sie gekämpft und sie tun das noch, indem sie für Bestandswohnungen Erneuerungsvorschläge und Wohnungsgenossenschaften entwickeln. Experten und Aktivisten arbeiten daran zusammen. Für zweite

Arbeitsmärkte und -gelegenheiten sind sie angetreten und für echte Sozialtickets für Hartz IV-Bezieher_Innen im Regionalverkehr ebenso wie für ein Netz der Umnutzung von Bergehalden für Gärten oder für Solarenergie. Heute streiten sie für Quartiersmanagement in sozial abdriftenden Stadtteilen, für Netzwerke der Nachhilfe und den Spracherwerb im Deutschen für Kinder von Einwander_innen, für Urban-Gardening-Projekte und gegen die rassistischen Zumutungen für nicht deutschstämmige Profifußballer und die südosteuropäischen Einwanderer. Warum sollten sie damit aufhören?

Mit AMOS/AKOPLAN und ihren Gästen saß auch die „Bürgerinitiative „Rettet das ehemalige Museum am Ostwall“ im leer gezogenen Museum, das der Veranstaltungsort der Diskussionen am 5. und 7. September war. Sie brachte Besucher dort hin und sammelte an die 80 Unterschriften für ihr Anliegen „Altes Museum am Ostwall – das bleibt!“ Die Stadt Dortmund hatte es für vier Tage kostenfrei überlassen. So was nennt man heute „Zwischennutzung“. Niemand war fies davor. Das Vorläufige solcher Arrangements wird wert geschätzt, denn bessere Rahmenbedingungen für eine armutsorientierte Regionalentwicklung können nicht herbei gebetet werden. Jede noch so unscheinbare Chance wird genutzt, um Alternativen zu realisieren. Mehr Menschen müssen sie kennen lernen, sie zu gesellschaftlich akzeptierter Regulation machen und mit Hilfe hartnäckiger Koalitionen der Verständigen, Willigen, Vermögenden und Mächtigen oder mächtig Gewordenen zu wirklichen Projekten werden lassen.

Sebastian Müller, Jg. 1940, Stadtsoziologe, Mitarbeiter bei AKOPLAN, lebt und schreibt in Dortmund.

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto:
AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

ISSN 1615 - 3278 **Erscheinungsweise:** 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Stregge, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Hartmut Dreier, Rolf Euler

Schlussredaktion:
Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Einzelpreis: 4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

30 Jahre Dampfboot

30 Jahre Verbreitung kritischer Gesellschaftstheorien



Die Versprechungen der Inklusion und die Hegemonie des Begriffes werden in diesem Heft auf zwei Ebenen bearbeitet: Zum einen wird Inklusion auf der analytischen Ebene kritisch beleuchtet, zum anderen ausgehend von der UN-Konvention sowie den Disability-Studies bestehende Praxen fokussiert, primär das Feld der ‚Behindertenhilfe‘ bzw. behindernden Institutionen und Praxen - rechtlich, praktisch und politisch.

Widersprüche 133

Inklusion - Versprechungen vom Ende der Ausgrenzung

2014 - 141 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-993-9



Die Menschen sind in Bewegung und mit ihnen ihre Religionen. In der neuen PERIPHERIE werden die Bedeutungen von religiösen Praktiken und Zugehörigkeiten für das Alltagsleben, die sie insbesondere unter den Bedingungen der Neuansammlungen der Arbeits- und Wohnbevölkerungen in städtischen Räumen, der Fragmentierung von Identitäten, des Lebens in der Diaspora und unter Ungewissheit, Marginalität und Illegalisierung erhalten können, thematisiert.

PERIPHERIE 134/135

Religionen in Bewegung

2014 - 252 Seiten - € 30,00
ISBN: 978-3-89691-837-6

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Palästinensisches BDS Nationalkomitee, Organisationen und Gewerkschaften in Gaza: 05.09.2014

Aufruf aus Gaza:

Macht Israel für seine Verbrechen in Gaza verantwortlich – Verstärkt BDS!

Besetztes und immer noch belagertes Gaza, 5. September 2014:

Aus den Ruinen unserer Dörfer und Städte in Gaza senden wir unsere aufrichtige Danksagung an alle, die uns während des jüngsten Massakers beistanden und handelten.

In der besetzten Westbank hat Israel eine der größten illegalen Landkonfiszierungen seit Jahrzehnten in Gang gesetzt und weitere 400 Hektar palästinensisches Land für den Ausbau seiner illegalen Kolonien beschlagnahmt.

Jetzt hat unser Kampf begonnen, um Israel für seine erneuten Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Der Ausgang dieses Kampfes zur Beendigung von Israels Straffreiheit wird darüber entscheiden, ob Israels letzter Angriff auf Gaza lediglich ein weiterer Schritt in Israels „schrittweisem Völkermord“ an den Palästinensern sein wird oder der Wendepunkt, der Israels Status als eine über dem Gesetz stehende Einheit – einem gefährlichen Paria der Welt – beendet. Der Ausgang dieses Kampfes hängt von Euch ab.

Zwei Monate nach dem Massaker, das Israel 09-2008 in Gaza beging, wurde das Land mit der Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union belohnt. Bis 2012 hatten westliche Staaten in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der UNO alle Untersuchungen der von Israel bei dem Angriff begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Vereinten Nationen und den Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court-ICC) erfolgreich blockiert.

Während des letzten Massakers, drei Tage, nachdem bei einem Bombenangriff der Besatzungsarmee auf die designierte Notunterkunft der UNO im Jabalia-Flüchtlingslager zwanzig Menschen im Schlaf getötet und mindestens 150 Menschen verwundet wurden, genehmigte der amerikanische Kongress am 2. August 2014 225 Millionen Dollar als zusätzliche Militärhilfe für Israel. Am nächsten Tag bombardierte die Besatzungsarmee eine weitere UNO-Notunterkunft in Rafah. Dabei wurden zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt. Zusätzlich verkaufte Deutschland während dieses Massakers ein atomwaffenfähiges U-Boot, und Großbritannien weigerte sich, seine Rüstungsexporte nach Israel einzufrieren. Diese und andere Formen der kriminellen Komplizenschaft von Regierungen und Institutionen ebnen den Weg für Israels fortgesetzte Angriffe und Völkermord. Es liegt jetzt an den Menschen mit einem Gewissen und allen, die weltweit einen gerechten Frieden anstreben, dass diese Beihilfe sofort endet.

Wir rufen Euch auf, dass Ihr dem gesamten palästinensischen Volk beisteht und fordert, dass Israel für die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen wird, die es gegen die Palästinenser begangen hat und weiter fortsetzt. Wir ersuchen Euch dringend, die BDS-Kampagne zu intensivieren, um Israel verstärkt wirtschaftlich, militärisch, akademisch und kulturell zu isolieren.

Verstärkt die BDS-Aktionen in allen Bereichen, einschließlich der folgenden Maßnahmen:

1. Fordert, dass Haftbefehle gegen israelische Kriegsver-

brecher ausgestellt werden und dass sie vor Eure Gerichte gestellt werden.

2. Fordert Eure Regierungen zu einem vollständigen Waffenembargo gegen Israel auf.

3. Fordert die Aussetzung aller Freihandelsabkommen und bilateralen Vereinbarungen mit Israel, bis es internationales Recht einhält.

4. Baut effektive direkte Aktionen gegen Israel und israelische Firmen auf, wie die inspirierenden Schiffsblockaden in Kalifornien und Seattle (Block the Boat actions <<http://electronicintifada.net/blogs/charlotte-silver/israeli-ship-blocked-unloading-oakland-four-straight-days>>), wo das Anlegen und Löschen von israelischen Schiffen verhindert wurde -, und die Besetzungen von Fabriken des israelischen Waffenherstellers Elbit Systems in Großbritannien und Australien.

5. Arbeitet mit den Gewerkschaften zusammen, um größere Aufmerksamkeit auf Israels Unterdrückungsregime zu richten und das Engagement in effektiven BDS-Maßnahmen zu verstärken, z.B. Weigerung zum Laden oder Löschen von Gütern aus Israel, Abzug von Investitionen der Gewerkschaften aus Israel und aus mitschuldigen Firmen, Boykott von beteiligten israelischen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine stolze Geschichte der direkten Aktionen gegen das Apartheidregime in Südafrika, und der Kongress der südafrikanischen Gewerkschaften ist dem Aufruf von palästinensischen Gewerkschaften zu direkten Gewerkschaftsaktionen beigetreten, um Israels Straffreiheit zu beenden.

6. Zieht die Firmen und Händler, die Israels Besatzungs-, Kolonial- und Apartheidregime unterstützen und davon profitieren, zur Verantwortung, u.a. durch den Boykott ihrer Produkte und durch die Organisation von kreativen und direkten Aktionen. Das palästinensische BDS Nationalkomitee (Palestinian BDS National Committee - BNC) hat eine Liste von Zielen vorgeschlagen:

<http://www.bdsmovement.net/make-an-impact>.

Die Mehrheit der Weltbevölkerung sieht Israels verbrecherisches Regime zunehmend realistisch und mit offenen Augen. Für den Rest des Jahres, das eigentlich das internationale Jahr der Solidarität mit dem palästinensischen Volk sein soll, fordert das Ende von Israels Straflosigkeit. Steht Gaza bei und arbeitet für Gerechtigkeit und Frieden in Palästina.

Herausgegeben vom palästinensischen BDS Nationalkomitee und den folgenden Organisationen und Gewerkschaften in Gaza: Palestinian General Federation of Trade Unions | University Teachers' Association in Palestine | Palestinian Non-Governmental Organizations Network (Umbrella for 133 orgs – Dach für 133 Org.) | Medical Democratic Assembly | General Union of Palestine Workers | General Union for Health Services Workers | General Union for Public Services Workers | General Union for Petrochemical and Gas Workers | General Union for Agricultural Workers | Union of Women's Work Committees | Pal-Cinema (Palestine Cinema Forum) | Herak Youth Movement | Union of Women's Struggle Committees | Union of Synergies—Women Unit | Union of Palestinian Women Committees | Women's Studies Society | Working Woman's Society | Palestinian Students' Campaign for the Academic Boycott of Israel | Gaza BDS Working Group | One Democratic State Group

Weitere Informationen siehe: <http://www.bdsmovement.net/2014/a-call-from-gaza-make-israel-accountable-for-its-crimes-in-gaza-intensify-bds-12627#sthash.ExaKNsAw.dpuf>

Übersetzt von Martina Lauer

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

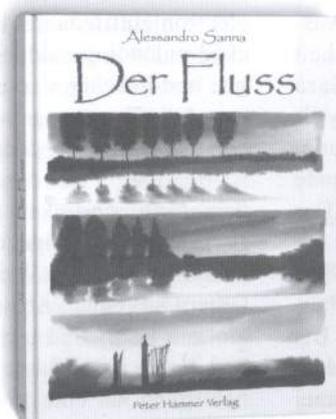
Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

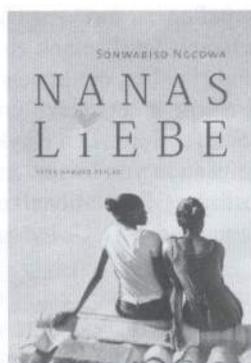
— K 12123 —

Neu im Peter Hammer Verlag



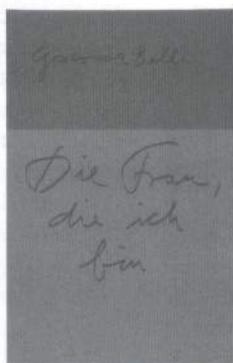
Alessandro Sanna
Der Fluss
112 Seiten, gebunden, 24 x 33,5 cm
€ 29,90
ISBN 978-3-7795-0496-9

Liebeserklärung an das Leben am Fluss
in Bildern aus Wasser und Licht.



Sonwabiso Ngcowa
Nanas Liebe
Aus dem Englischen und
mit einem Nachwort von
Lutz van Dijk
192 Seiten, gebunden, ab 13 **€ 14,90**
ISBN 978-3-7795-0499-3

Die berührende Geschichte einer
Liebe zwischen zwei Mädchen in
Südafrika.



Gioconda Belli
Die Frau, die ich bin
Gedichte Spanisch/Deutsch
Üb. Angelica Ammar und
Dagmar Ploetz
112 S., Kappenbroschur **€ 19,90**
ISBN 978-3-7795-0502-0

Eine neue Auswahl von Gedichten
aus allen Schaffensperioden
Gioconda Bellis.



Patrice Nganang
Zeit der Pflaumen
Roman
Aus dem Französischen von
Gudrun und Otto Honke
448 S., gebunden **€ 26,-**
ISBN 978-3-7795-0501-3

Patrice Nganangs Roman setzt im
August 1940 ein, als für Kamerun
der Zweite Weltkrieg beginnt.



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de